

**FOM Fachhochschule für Oekonomie & Management
München**

Berufsbegleitender Studiengang

**Diplomarbeit
zur Erlangung des Grads eines
Diplom-Wirtschaftsinformatikers (FH)**

**über das Thema
Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens
als Alternative zu den deutschen Sozialsystemen
unter Verwendung einer parallelen Währung**

Betreuer: Professor Dr. Gerald Mann

Autor:

Martin Finger

Wellenburger Str. 7a

86199 Augsburg

Matrikelnummer 116013

7. Semester

Augsburg, den 25.01.2007

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	2
Abbildungsverzeichnis	5
Abkürzungsverzeichnis	6
1 Einleitung	7
2 Die Modelle für ein bedingungsloses Grundeinkommen	9
2.1 Der Begriff des bedingungslosen Grundeinkommens	9
2.2 Das Modell Take Half	10
2.3 Das Modell der negativen Einkommensteuer	10
2.4 Das Modell der parallelen Währung	11
2.5 Der Vergleich der Grundeinkommensmodelle	12
2.5.1 Die Bewertung des Modells Take Half	13
2.5.2 Die Bewertung des Modells der negativen Einkommensteuer	13
2.5.3 Die Bewertung des Modells einer parallelen Währung	14
2.6 Die Modelle aus der politischen Diskussion	14
2.7 Die Kritik am bedingungslosen Grundeinkommen	15
3 Die theoretischen Grundlagen und Begriffsdefinitionen	18
3.1 Die Deflation und die Inflation	18
3.2 Die Geldmenge	18
3.3 Die Geldschöpfung	19
3.4 Die Funktionen des Geldes	20
3.5 Die Indexwährung und die Goldwährung	20
3.6 Der Verbraucherpreisindex	21
3.6.1 Die Preisänderungen anhand von Beispielen	22
3.6.2 Der Umfang der Geldmengenänderung	23
4 Die Kombination von paralleler Währung und BGE	24
4.1 Die Untergrenze für ein bedingungsloses Grundeinkommen	24
4.1.1 Die Regeln für Arbeitslosengeld II	24
4.1.2 Die Leistung für die Einhaltung der Regeln von Arbeitslosengeld II	25
4.1.3 Die Festlegung der Untergrenze	26
4.2 Die Obergrenze für ein bedingungsloses Grundeinkommen	26
4.2.1 Die Rahmenbedingungen für die Ermittlung der Obergrenze	26
4.2.2 Die Auswirkungen einer offenen Volkswirtschaft	27

4.2.3 Die Ermittlung der zulässigen zusätzlichen Neuronachfrage	28
4.2.4 Die Aktivierung von Reserven für die zulässige Neuronachfrage	29
4.2.5 Die Feststellung des zulässigen zusätzlichen Neuroeinkommens	30
4.2.6 Die Ermittlung des zusätzlichen Pro-Kopf-Einkommens	31
4.3 Die Stabilität der neuen Währung	32
4.3.1 Die Vorgaben zu Stabilisierung des Euro	32
4.3.2 Die Bewertung der Eurostabilitätsvorgaben	33
4.3.3 Der Preisanstieg des Euro	33
4.3.4 Die Stabilitätsvorgaben für den Neuro	34
4.3.5 Die Übernahme der Lasten der Arbeitslosenversicherung	36
4.3.6 Die Übernahme der Lasten der Rentenversicherung	36
4.3.7 Die Geldmenge des Neuro bei Integration der Sozialversicherungen	38
4.3.8 Die Optimierung des Neurogeldumlaufs	39
4.4 Das Geldmengenverhältnis von Neuro zum Euro	40
5 Die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt	41
5.1 Die Angebots- und Nachfragekurve des heutigen Arbeitsmarktes	41
5.2 Die Probleme des regulierten Arbeitsmarktes	42
5.3 Die Globalisierung und der Arbeitsmarkt	43
5.4 Der Arbeitsmarkt nach Einführung eines BGE	44
5.5 Die Veränderung des Lohnniveaus durch das BGE	45
5.6 Die Deregulierung des Arbeitsmarktes nach Einführung des BGE	45
5.6.1 Die Arbeitslosenversicherung	46
5.6.2 Die Rentenversicherung	47
5.6.3 Die Lohnnebenkosten	48
6 Die Veränderungen für den Kapitalmarkt	49
6.1 Die Eigenschaften von Euro und Neuro	49
6.2 Das Sparen von Neuro	50
6.3 Die Voraussetzungen zur Erhebung des Zinses	50
6.4 Die Erhebung des Zinses	51
6.5 Die Zukunft des Euro	52
6.6 Die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes	53
6.7 Veränderung der Umlaufgeschwindigkeit durch den Neuro	54
6.8 Die Realzinsfalle	55
6.9 Der Unterschied zwischen Zentralbankzins und Zinsfuß	56
7 Die Auswirkung auf die Gesellschaft	57

7.1 Die Zahlungsmoral	57
7.2 Das Konsumverhalten der Verbraucher.....	58
7.3 Die Veränderung der Beziehung zum Geld	59
7.4 Die Zuwanderung nach Einführung eines BGE	59
7.5 Die Bildung von Wohlstand.....	61
7.6 Das Konzept der sozialen Marktwirtschaft.....	62
8 Fazit und Resümee	63
Quellen- und Literaturverzeichnis	66

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Arbeitsmarktkurve	41
Abbildung 2: Arbeitsmarkt mit BGE	44
Tabelle 1: Geldmenge N€ nur BGE	35
Tabelle 2: Lasten der Rentenversicherung	38
Tabelle 3: Geldmenge N€ für BGE und Sozialversicherung	39

Abkürzungsverzeichnis

€	- Euro
ALG II	- Arbeitslosengeld II
BAföG	- Bundesausbildungsförderungsgesetz
BGE	- bedingungsloses Grundeinkommen
bzw.	- beziehungsweise
ca.	- circa
Dr.	- Doktor
EZB	- Europäische Zentralbank
FDP	- Freie Demokratische Partei
ggf.	- gegebenenfalls
H.	- Heft
Jg.	- Jahrgang
Mill.	- Million
min.	- mindestens
MFI	- monetäre Finanzinstitute
Mrd.	- Milliarde
N€	- Neuer Euro, Neuro
o. S.	- ohne Seitenangabe
o.V.	- ohne Verfasser
s.	- siehe
S.	- Seite
v.	- von
vgl.	- vergleiche
z.B.	- zum Beispiel

1 Einleitung

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit. Die Würde des Menschen ist unantastbar.¹ Dieses ist im deutschen Grundgesetz niedergeschrieben. Die Strukturierung der sozialen Grundsicherung entspricht jedoch nicht diesem Gedanken. Die Regelungen für den Bezug der sozialen Grundsicherung greifen in die Persönlichkeitsrechte des Einzelnen ein und bevormunden ihn in seiner Lebensgestaltung. Jeder Mensch hat ein Recht auf Leben. Ebenso hat er einen Anspruch auf gesellschaftliche Teilhabe. Ohne Teilhabe ist ein Leben in Freiheit und Selbstbestimmung nicht möglich. In dieser Arbeit wird ein Modell für ein bedingungsloses Grundeinkommen vorgestellt, welches über die Sicherung der Existenz hinaus auch ein menschenwürdiges Leben ermöglichen soll.

Das Verhalten der politischen Verwaltung, es jedem recht machen zu wollen, sorgt dafür, dass den Menschen die Zukunft genommen wird. Mit komplizierten und unnötigen Gesetzen wird die Rechtsstaatlichkeit beschädigt. Die verantwortlichen Personen sollen zum Vorteil der Bürger handeln, ohne einzelne Gruppen zu bevorzugen oder zu benachteiligen. Das ist nur möglich, wenn die Freiheit der Menschen nicht eingeschränkt wird. Mit jeder Aufgabe, die sich der Staat aneignet, besteht die Gefahr, Interessen Einzelner auf Kosten anderer Menschen zu bevorzugen. Eine Selbstverantwortung für das eigene Leben kann nur dann von Bürgern eingefordert werden, wenn ihnen auch die Wahl gelassen wird, wie sie ihr Leben führen wollen. Der Staat darf keine Lebensführung durch Subventionen bevorzugen oder durch Abgaben benachteiligen. Die einzige Einschränkung in der Lebensführung der Menschen, welche als zulässig akzeptiert werden kann, ist jene, die jedem Menschen eine maximale Freiheit garantiert. Die Freiheit des Individuums endet dort, wo die Freiheit eines anderen beginnt. Das neu entwickelte Modell für ein bedingungsloses Grundeinkommen soll den Bürgern ermöglichen, die Selbstverantwortung für ihr Leben zu übernehmen. Um das System zu finanzieren, ist keine Erhebung von Steuern oder Sozialversicherungsbeiträgen nötig. Jeder, der bereit ist, die neue Währung zu akzeptieren, übernimmt einen Teil der Kosten des Grundeinkommens. Keine Person wird in einen Generationenvertrag, wie z.B. die Rentenversicherung, gezwungen.

¹ S. Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 26.07.2002, Artikel 1 I, Artikel 2 I.

Das Zusammenleben von Menschen funktioniert nicht durch Gesetze, sondern nur auf der Basis gemeinsamer Ethik und freiwilliger Verbindung. Die Grundlage einer stabilen Gesellschaft ist die Flexibilität. Jeder muss selbst entscheiden können, in welchem Umfang er sich in die Gesellschaft einbringt. Ein Staat, der die Verantwortung der Menschen füreinander durch Gesetze erzwingen will, verkennt, dass Menschen nicht in eine Gesellschaft gezwungen werden können. Eine Gesellschaft entsteht durch den freiwilligen Zusammenschluss von Menschen. Greift der Staat in den Prozess der Vergesellschaftung ein, mit dem Wunsch diesen zu beschleunigen, wird er nur das Gegenteil erreichen. Weil die Vergesellschaftung nur ein freiwilliger Prozess sein kann, ist es wichtig, dass die Umverteilungspolitik des Staates beendet wird. Die Politik der Umverteilung schafft Konflikte zwischen den Generationen und den Personengruppen, innerhalb derer sie vorgenommen wird. Das schadet dem Prozess der Vergesellschaftung. Eine soziale Grundsicherung muss mit geringstem Aufwand und möglichst freiwillig finanziert werden. Der Staat kann nur das geben, was er vorher genommen hat. Das neue Modell enthält umfassende Freiheitsgrade. Mit diesem Modell kann gezeigt werden, dass es nicht der Staat ist, der für seine Bürger sorgt.

2 Die Modelle für ein bedingungsloses Grundeinkommen

Dieses Kapitel wird zuerst den Begriff des bedingungslosen Grundeinkommens – kurz BGE – erläutern. Anschließend wird das Modell „Take Half“ und das Konzept der „negativen Einkommensteuer“ vorgestellt. Diese wurden als Beispielmodelle ausgewählt, weil sie in der Grundeinkommensdebatte am weitesten Verbreitung gefunden haben. Nach einer allgemeinen Einführung in das neue Modell einer parallelen Währung wird ein Vergleich der drei Modelle vorgenommen. Den Abschluss bildet der Bezug auf die in der Politik aktuell diskutierten Modelle, inwieweit diese die Bedingungen für ein BGE erfüllen, und eine Stellungnahme zur Kritik am Grundeinkommen.

2.1 Der Begriff des bedingungslosen Grundeinkommens

Ein „bedingungsloses Grundeinkommen“ soll den Lebensunterhalt sichern und ermöglichen, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Die Zahlung des BGE erfolgt nicht an Haushalte, sondern an Individuen und darf mit keinerlei Bedingungen verbunden werden. Es findet keine Selektion der Empfänger nach Bedürftigkeit statt. Alle Personen erhalten ein Grundeinkommen gleicher Höhe ohne eine Diskriminierung nach Alter, Geschlecht oder anderen Persönlichkeitsmerkmalen. Mit dem BGE soll der Zwang zur Erwerbsarbeit aufgehoben werden. Daher muss das BGE so hoch bemessen sein, dass kein indirekter Arbeitszwang besteht. Ein indirekter Arbeitszwang besteht dann, wenn das Grundeinkommen nicht ausreicht, um ein Mindestmaß des täglichen Bedarfs und gesellschaftlicher Teilhabe zu decken.²

² Vgl. o.V., Über das Grundeinkommen, <http://www.grundeinkommen.info/index.php?id=96>, o. S., Stand 09.2006.

2.2 Das Modell Take Half

Das Modell Take Half ist ein Grundeinkommensmodell der Bundesarbeitsgemeinschaften der Sozialhilfeinitiativen. Der Name ergibt sich aus der Finanzierungsgrundlage des Modells. Auf alle Nettoeinkünfte wird eine zweckgebundene Abgabe in Höhe von 50 % erhoben. An jede Person, welche dauerhaft in Deutschland lebt, wird ein Betrag von ca. 750 € als Existenzgeld ausgezahlt. Von diesem Betrag müssen ca. 100 € für die gesetzliche Krankenversicherung entrichtet werden. Es kann zusätzlich ein Mietzuschuss bis zu einem Höchstbetrag von ca. 250 € gewährt werden. Ergänzend soll der Allgemeine Soziale Dienst bei besonderen Lebenslagen wie Krankheit oder Behinderung unterstützen.³ Nach einer Berechnung aus dem Jahr 2000 ist das Modell von der finanziellen Seite rechnerisch durchführbar.⁴ Dabei wurde davon ausgegangen, dass dieses zum größten Teil über den Wegfall der bisherigen Sozialleistungen gegenfinanziert werden kann. Zusätzliche Einnahmen werden unter anderem durch eine generelle Besteuerung der Einkünfte nach Steuerklasse I erreicht.⁵

2.3 Das Modell der negativen Einkommensteuer

Beim Modell der negativen Einkommensteuer erhält jeder Staatsbürger ein definiertes Existenzminimum. Erwirtschaftet jemand kein oder nur ein geringes Einkommen, wird dieses mindestens auf das Existenzminimum aufgestockt. Die Zahlung erfolgt innerhalb der monatlichen Einkommensbesteuerung. Das Modell wird in der Politik seit ca. 1980 diskutiert. Inzwischen gibt es unterschiedliche Vorschläge, wie das Modell ausgestaltet werden soll. Die Entwürfe variieren in den Beträgen für Existenzminimum, Freibetrag und Höhe des Einkommensteuersatzes. Allen Variationen liegt dabei das gleiche Konzept zugrunde. Das Einkommen wird durch eine Transferzahlung mindestens auf einen Sockelbetrag aufgefüllt, der dem festgelegten Existenzminimum entspricht. Danach folgt ein Einkommensbereich, in dem

³ Vgl. o.V., Existenzgeld für alle - Thesen zum Existenzgeld, <http://www.existenzgeld.de/Positionen/thesen.html> vom 23.05.1998, o. S., Stand 11.2006.

⁴ Vgl. o.V., Existenzgeld für alle - Anhang Finanzierung, <http://www.existenzgeld.de/Positionen/finanz2.html> von 09.2000, o. S., Stand 09.2006.

⁵ Vgl. o.V., Existenzgeld für alle - Finanzierungs-Plan, <http://www.existenzgeld.de/Positionen/finanz1.html> von 09.2000, o. S., Stand 11.2006.

noch keine Einkommensteuer fällig wird. Mit steigendem Einkommen verringert sich die Transferzahlung. Um Anreize für höhere Einkommen zu schaffen, erfolgt die Verringerung der Transferzahlung in einem geringeren Umfang, als Einkünfte zusätzlich zum Grundeinkommen erworben werden. Steigt das Einkommen über den Bereich der Transferzahlungen, wird auf die Einkünfte eine Einkommensteuer fällig. Die Ausgaben für die Transferleistungen sollen aus den Einnahmen der Einkommensteuer gedeckt werden.⁶

Zur besseren Veranschaulichung des Modells folgt eine Beispielberechnung. Das Existenzminimum wird – für dieses Beispiel – auf 500 € festgelegt und der negative Steuersatz auf 50 %. Der negative Steuersatz wird verwendet, um die Transferzahlungen zu mindern, wenn durch Aufnahme einer bezahlten Tätigkeit ein Einkommen erzielt wird. Die Steuersätze der positiven Einkommensbesteuerung orientieren sich an der bestehenden progressiven Einkommensteuer. Bei einem Einkommen von 0 € wird eine Transferzahlung von 500 € gezahlt. Wird ein Einkommen von 500 € erwirtschaftet, so verringert sich die Transferzahlung aufgrund der negativen Einkommensteuer von 50 % auf 250 € und das Gesamteinkommen liegt bei 750 €. Bei einem Einkommen von 1.000 € gibt es keine Transferzahlung mehr. Übersteigt das Einkommen den Betrag von 1.000 €, beginnt die positive Einkommensbesteuerung. Ob dabei nur der Betrag über 1.000 € oder der gesamte Betrag der Besteuerung unterworfen wird, hängt von der jeweiligen Ausgestaltung des Modells ab und davon, in welcher Höhe ein Freibetrag vorgesehen sein wird.

2.4 Das Modell der parallelen Währung

Bei diesem Modell wird das Grundeinkommen in einer neuen Währung gezahlt. Die Zahlung erfolgt an jeden Staatsbürger, sofern der Wunsch dazu besteht. Die Einführung der zusätzlichen Währung erfolgt mit einem Kurs von 1:1 zum Euro. Die neue Währung wird als Neuer Euro – kurz Neuro, Symbol N€ – bezeichnet. Die genaue Höhe des bedingungslosen Grundeinkommens soll durch eine Abstimmung der wahl- und bezugsberechtigten Menschen erfolgen. Für die Abstimmung wird ein Mindest- und ein Höchstbetrag vorgegeben, innerhalb deren ein Betrag

⁶ Vgl. Kress U., Die negative Einkommensteuer: Arbeitsmarktwirkungen und sozialpolitische Bedeutung, ein Literaturbericht., 1994, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Jg. 27, H. 3, http://doku.iab.de/mittab/1994/1994_3_MittAB_Kress.pdf, S. 246 - 254, Stand 09.2006.

gewählt werden kann. Die Empfehlung für diesen Korridor liegt bei ca. 700 N€ bis 1.200 N€. ⁷ Auf das Grundeinkommen wird keine Steuer erhoben und von ihm ist kein Beitrag für die gesetzliche Krankenversicherung zu entrichten. Zur Einführung des Modells erfolgt die Finanzierung durch Auszahlung des BGE in neuer Währung. Die Geldmenge wird vermehrt, bis die Finanzierung über die Umlaufsicherungsgebühr sichergestellt ist. Die Umlaufsicherungsgebühr wird zusammen mit der neuen Währung eingeführt und ist ein entscheidender Bestandteil des neuen Modells. ⁸ Die Gebühr wird von jedem erhoben, der Neuro im Besitz hat. Diese Gebühr beträgt ca. 12 % pro Jahr. Der automatische Einzug der Gebühr erfolgt täglich in einer Höhe von 1/30 % von allen Konten, auf denen ein Guthaben in Neuro vorhanden ist. Damit wird die Belastung durch das Grundeinkommen gleichmäßig, entsprechend dem vorhandenen Geldvermögen, verteilt. Ein ungleichmäßiger Geldumlauf, welcher z.B. bei monatlicher Gebührenerhebung zu erwarten wäre, wird vermieden. Die Erhebung einer Steuer ist nicht notwendig. Zur vereinfachten Erhebung der Umlaufsicherungsgebühr wird auf eine Ausgabe von Neuromünzen und Neuroscheinen verzichtet. Der Neuro wird nur als elektronisches Geld in Form von Buchgeld umlaufen. Eine Erweiterung der Geldmenge über die Geldschöpfung durch Kreditinstitute wird für den Neuro nicht zugelassen. Damit soll sichergestellt werden, dass die Geldmenge des Neuro durch die ausgebende Institution genau kontrolliert werden kann und ggf. eine wirksame und schnelle Anpassung der Geldmenge möglich ist. Die Vergabe von Darlehen ist nur in der Höhe möglich, in der auch Einlagen vorhanden sind.

2.5 Der Vergleich der Grundeinkommensmodelle

Der folgende Vergleich der Grundeinkommensmodelle soll wichtige Unterschiede der bestehenden Modelle zum hier vorgestellten Modell aufzeigen. Dabei sollen folgende Punkte betrachtet werden:

- Anreiz, weiterhin zu arbeiten
- Belastung von Personen und Unternehmen
- Freiheitsgrad des Systems

⁷ Siehe Punkte 4.1 und 4.2 für die Ermittlung dieser Beträge.

⁸ Siehe Punkt 6 für Aufgabe und Auswirkung der Umlaufsicherungsgebühr.

- Stabilität des System bei schwacher Konjunktur
- zu erwartende Widerstände

2.5.1 Die Bewertung des Modells Take Half

Beim Modell Take Half liegt die Hauptlast bei den Personen, welche neben Steuern zusätzlich die Hälfte ihrer Nettoeinkommen abgeben, um als Gegenleistung einen Betrag von ca. 1.000 € zu erhalten. Die Unternehmen werden kaum stärker als bisher belastet. Durch den zusätzlichen Verlust der Hälfte der Nettoeinkünfte wird der Anreiz, weiterhin zu arbeiten, bei diesem Modell am geringsten sein. Die Freiheit in diesem System besteht nur darin, entweder seine Arbeit einzuschränken oder Nettozahler zu sein. Da das System seine Einnahmen aus den Erwerbseinkommen bezieht, muss in Folge eines Absinkens der Erwerbsquote entweder der Steuersatz erhöht oder das Grundeinkommen abgesenkt werden. Damit ist es von der Konjunktur und vom Arbeitswillen der Erwerbstätigen abhängig. Widerstand wird vor allem von Personen zu erwarten sein, deren Einkommen mehr als 2.000 € netto beträgt und die nicht durch Kinder oder Lebenspartner ohne Erwerbseinkommen vom Grundeinkommen profitieren werden.

2.5.2 Die Bewertung des Modells der negativen Einkommensteuer

Das Modell der negativen Einkommensteuer bringt kaum Veränderungen in der bestehenden Besteuerung mit sich. Zu erwarten ist, dass die Einkommensbesteuerung durch Abschaffung von Ausnahmen oder Erhöhung der Steuersätze etwas höher ausfallen wird, um die Transferleistungen zu ermöglichen. Bei den Unternehmen werden keine Änderungen in der Besteuerung vorgenommen. Da der Übergang vom Empfänger zum Nettozahler fließend verläuft und nur eine geringe zusätzliche Belastung zu erwarten ist, wird der Anreiz, seine Arbeit einzustellen, auch nur gering ausfallen. Die Freiheit besteht hier genau wie bei Take Half nur darin, entweder Nettozahler zu sein oder weniger bzw. nicht zu arbeiten. Das System erhält seine Einnahmen aus der Einkommensteuer und ist damit ebenfalls von der Konjunktur abhängig. Der Arbeitswille ist hier weniger relevant, weil die Ten-

denz, das Arbeitsangebot einzuschränken, schwächer ausgeprägt ist. Der Widerstand gegenüber diesem Modell wird am geringsten sein, da es einer Weiterentwicklung der Einkommensteuer entspricht und neben einer möglichen Vereinfachung des Steuerrechts die wenigsten Änderungen notwendig macht.

2.5.3 Die Bewertung des Modells einer parallelen Währung

Im Modell der parallelen Währung ist der Freiheitsgrad am stärksten ausgeprägt. Grundsätzlich ist niemand gezwungen, die neue Währung zu verwenden.⁹ Die Zahllast liegt nur bei den Personen und Unternehmen, welche Neuro auf dem Konto behalten und nicht ausgeben. Die Belastung zur Finanzierung des Grundeinkommens ist mit ca. 12 % Abzug vom Kontoguthaben pro Jahr gering. Im Gegensatz zu den anderen beiden Modellen wird bei dieser Variante kein vorhandenes Geld umverteilt, sondern neues eingeführt. Es ist zu erwarten, dass die Verbraucher durch steigende Preise belastet werden.¹⁰ Der Anreiz, seine Arbeit einzuschränken, ist bei dieser Form des BGE am geringsten, da die Kosten nicht über das Arbeitseinkommen finanziert werden. Das System ist durch den eigenen geschlossenen Geldkreislauf in sich stabil und nicht von Konjunktur oder Steuereinnahmen abhängig. Da dieses System erklärungsbedürftig ist und die Umlaufsicherungsgebühr jeden Sparer zum Widerstand reizt, ist davon auszugehen, dass aus Unkenntnis und mangelndem Verständnis diesem Modell sehr große Widerstände entgegengebracht werden.

2.6 Die Modelle aus der politischen Diskussion

Das Konzept des liberalen Bürgergeldes, welches von der FDP vertreten wird, wurde von der Kommission Bürgergeld - Negative Einkommensteuer erarbeitet und 2005 veröffentlicht. Das Konzept sieht Änderungen bei den Hinzuverdienstmöglichkeiten für das Arbeitslosengeld II vor. Die Verwaltung der Sozialleistung soll durch

⁹ Siehe Punkt 5.6 zur Umstellung der Sozialsysteme und Ausnahmen.

¹⁰ Siehe Punkt 4.3 zur Stabilität der neuen Währung.

Verwendung eines Transfersystems ähnlich dem oben beschriebenen Modell der negativen Einkommensteuer vereinfacht werden. Das Bürgergeld ist kein BGE, da es Bedürftigkeit voraussetzt und ein Zwang zur Arbeit besteht.¹¹

Von Herrn Althaus, Ministerpräsident der CDU in Thüringen, wird ein solidarisches Bürgergeld vertreten, welches ein Grundeinkommen von 800 € ab einem Alter von 14 Jahren und ein Einkommen bis 1.600 € vorsieht. Bei einem Einkommen ab 1.600 € wird nur ein Grundeinkommen von 400 € gezahlt. Kinder erhalten 500 €. Für die Krankenversicherung werden 200 € abgezogen. Weitere Einkünfte müssen mit 50 % bzw. ab einem Einkommen von 1.600 € mit 25 % versteuert werden. Diese Grundeinkommensvariante entspricht fast einem BGE, ist aber absichtlich niedrig angesetzt, um Anreize zur Arbeit zu schaffen, und es wird nach Alter und Einkommen unterschieden.¹²

Ein Modell, welches von Herrn Werner, Gründer der Drogeriemarktkette dm, vertreten wird, sieht ein Grundeinkommen von bis zu 1.200 € vor. Dieses soll über die bestehenden Sozialausgaben finanziert werden. Zusätzlich benötigte Einnahmen sollen über eine höhere Mehrwertsteuer finanziert werden und im Gegenzug sollen alle direkten Steuern abgeschafft werden. Die einzige Abweichung dieser Variante eines Grundeinkommens zu einem BGE nach obiger Definition ist in diesem Fall, dass die Höhe vom Alter des Empfängers abhängt, denn der Betrag von 1.200 € ist nur ein Durchschnittswert bezogen auf das Lebenseinkommen. In der Jugend und im Alter wird ein geringerer Betrag gezahlt.¹³

2.7 Die Kritik am bedingungslosen Grundeinkommen

Es wird hier kurz Stellung zur Kritik am BGE genommen. Die Kritik wurde zum Grundeinkommensmodell von Ministerpräsident Althaus geäußert. Es wurden folgende Punkte am Grundeinkommen kritisiert:¹⁴

¹¹ Vgl. Pinkwart A., Das Liberale Bürgergeld: aktivierend, transparent und gerecht, <http://www.fdp-bundesverband.de/files/363/AbschlB-Buergergeld.pdf> vom 28.01.2005, S. 5 - 9, Stand 11.2006.

¹² Vgl. Koch H., Koufen K., „Hartz IV ist ohne Zukunft“, taz Nr. 8098 vom 13.10.2006, <http://www.taz.de/pt/2006/10/13/a0203.1/text>, S. 4, Stand 11.2006.

¹³ Vgl. Kröger M., dm-Chef Werner zum Grundeinkommen, Spiegel Online vom 30.11.2005, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,386396,00.html>, o. S., Stand 11.2006.

¹⁴ Vgl. Göbel H., Althaus' Radikalkur, in: F.A.Z. Nr. 266 vom 15.11.2006, <http://www.faz.net/s/Rub7FC5BF30C45B402F96E964EF8CE790E1/Doc~EAB4395BF986E43F39EE DF5A0698E06BE~ATpl~Ecommon~Scontent.html> vom 14.11.2006, S. 1, Stand 11.2006.

- Motivation zur Ausbildung und zur Arbeit wird verringert
- Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaft wird eingebüßt
- Einheitsbetrag für jeden ist unsolidarisch
- Finanzierbarkeit ist nicht gegeben
- Politik kann eine Erhöhung des Grundeinkommens für Wahlversprechen missbrauchen
- Anreizwirkung ist nicht kalkulierbar

Es wurden nur die Kritikpunkte berücksichtigt, welche als allgemeingültig für ein Grundeinkommen angenommen werden können.

Der Anreiz, in seine eigene Ausbildung zu investieren, und der Wunsch, einer Erwerbsarbeit nachzugehen, wird beim Modell von Herrn Althaus durch einen Steuersatz von 25 % bzw. 50 % vermindert. Bei dem Modell der parallelen Währung wird das Arbeitseinkommen nicht belastet. Somit wird die Motivation, von der eigenen Leistungsfähigkeit zu profitieren, gegenüber den heute vorhandenen Rahmenbedingungen zunehmen. Eine Gesellschaft ändert sich nicht plötzlich. Viele Menschen definieren sich über ihre Tätigkeit, daher wird die Erwerbsarbeit nicht verschwinden, nur weil es ein Grundeinkommen gibt. Jeder Mensch ist bestrebt, das Beste aus seinem Leben zu machen. Das Grundeinkommen stellt eine Basis dar, welche den Menschen neue Möglichkeiten eröffnet. Die Volkswirtschaft wird nicht ihre Wettbewerbsfähigkeit verlieren. Nach der Einführung eines BGE muss die Erwerbsarbeit nicht mehr den Lebensunterhalt finanzieren. Die Sozialversicherungsbeiträge für Arbeitslosenversicherung und Rentenversicherung können eingespart werden. Es wird damit Raum für niedrigere Löhne geschaffen. Um diesen Raum für Lohnsenkungen nutzen zu können, ist ein Umdenken der Unternehmer nötig, denn sie müssen dem Mitarbeiter eine interessante und motivierende Arbeit anbieten. Die Unternehmen, welche zu dieser Umstellung nicht in der Lage sind, werden es mit höheren Löhnen kompensieren müssen. Wenn die Menschen ihrer Tätigkeit freiwillig nachgehen, wird die Arbeit mit mehr Motivation ausgeführt. Durch die damit verbundene Steigerung der Produktivität wird die Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaft verbessert.

Aufgrund der niedrigen Nettoeinkommen im Konzept von Herrn Althaus kann das Modell als unsolidarisch angesehen werden. Beim Modell der parallelen Währung ist ein höheres BGE vorgesehen, welches ausreichend ist, um einer Person eine angemessene gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Die Finanzierbarkeit des neuen Modells bedarf einer Entscheidung der Gesellschaft, durch welche ein neu-

es Geld in dem Umfang geschaffen wird, wie es benötigt wird. Es kann auf die ständige Verletzung von Eigentumsrechten verzichtet werden, da keine neuen Steuern oder Sozialversicherungen erhoben werden. Mit dem Entschluss der Gesellschaft wird auch die Höhe des Grundeinkommens festgelegt. Um dem Risiko entgegenzuwirken, dass die Politik ein solches System für ihre eigenen Ziele missbrauchen könnte, ist vorgesehen, dass Politiker keinen Einfluss auf die neue Institution haben werden. Diese soll, so wie die Europäische Zentralbank, eigenständig und unabhängig eingerichtet werden. Das System wird einmalig durch eine Volksabstimmung installiert. Änderungen können nur von der Institution veranlasst werden und müssen mit erneuter Volksabstimmung abgesegnet werden. Die Anreizwirkungen können nicht vollständig vorausgesehen werden, aber anhand der amerikanischen Feldstudien wurde gezeigt, dass ein solches Modell auch in einer Marktwirtschaft verwendet werden kann, ohne dass diese damit gestört werden würde oder nicht mehr funktionieren könnte.

3 Die theoretischen Grundlagen und Begriffsdefinitionen

3.1 Die Deflation und die Inflation

Im Rahmen dieser Arbeit wird mit der Inflation bzw. Deflation nur die Preisveränderung von Waren bezeichnet, welche auf eine Erhöhung bzw. Verminderung der Geldmenge zurückzuführen ist.¹⁵ Diese Definition weicht von den Überlegungen des Monetarismus ab. Bei diesem wird davon ausgegangen, dass mit dem Wachstum der Wirtschaft auch eine Ausweitung der Geldmenge notwendig ist, um Störungen in der Volkswirtschaft zu vermeiden.¹⁶ Im Monetarismus wird nur dann von Inflation gesprochen, wenn eine Preissteigerung im Preisniveau der Waren gemessen wird. Mit der Zunahme der Produktivität muss es bei einer konstanten Geldmenge zu einem Sinken der Warenpreise kommen, vorausgesetzt, der Produktivitätsfortschritt wurde nicht vollständig durch Lohnerhöhungen an die Beschäftigten weitergegeben. Durch die monetaristische Ausweitung der Geldmenge wird das verhindert und es kommt zu einer verdeckten Preissteigerung. Diese verdeckte Preissteigerung wird im Monetarismus bewusst außer Acht gelassen und gilt nicht als Inflation. Kommt es durch eine nicht vorhergesehene Produktivitätssteigerung zu einer Senkung des Preisniveaus trotz einer ggf. vorgenommenen Ausweitung der Geldmenge, wird dieses als Deflation betrachtet.

3.2 Die Geldmenge

In der Geldmenge werden verschiedene Gelder bzw. Geldsurrogate zusammengefasst. Es werden insgesamt drei Geldmengen unterschieden. Die Geldmenge M1 enthält das im Umlauf befindliche Bargeld und täglich fällige Einlagen, M2 erweitert M1 um Termineinlagen, welche eine Laufzeit von bis zu zwei Jahren haben oder Spareinlagen mit einer Kündigungsfrist von bis zu drei Monaten besitzen. Bei der Geldmenge M3 kommen zu M2 die Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit von

¹⁵ Vgl. Mises L., Theorie der Geldes und der Umlaufsmittel, unveränderter Nachdruck der zweiten, neubearbeiteten Auflage von 1924, Berlin 2005, S. 224 - 225.

¹⁶ Vgl. Mankiw N. G., Makroökonomie, 5., überarbeitete Auflage, Stuttgart 2003, S. 454 - 455.

bis zu zwei Jahren, Anteile an Geldmarktfonds und Geldmarktpapieren sowie Repogeschäfte – hierbei handelt es sich um besicherte Termineinlagen – hinzu.¹⁷ Die Geldmenge kann von der Zentralbank über zwei Wege gesteuert werden, entweder direkt durch Veränderung der Geldbasis oder durch Änderung des Tagesgeldsatzes. Die Geldbasis ist die Summe aus dem umlaufenden Bargeld und der Mindestreserve, welche von den Geschäftsbanken bei der Zentralbank hinterlegt werden muss. Der Tagesgeldsatz bestimmt, zu welchem Preis die Geschäftsbanken von der Zentralbank Geld erhalten.¹⁸

3.3 Die Geldschöpfung

Mit der Geldschöpfung wird der Vorgang bezeichnet, durch welchen zusätzliches Geld in den Wirtschaftskreislauf eingebracht wird. Um neues Geld in Umlauf zu bringen, bestehen zwei Möglichkeiten. Der eine Weg ist der, dass die Zentralbank zusätzliches Bargeld – in Form von Münzen und Scheinen – in den Wirtschaftskreislauf einbringt. Die zweite Option wird von den Geschäftsbanken im Rahmen der Vergabe von Krediten verwendet. Die Ausgabe von Bargeld hat nur einen geringen Anteil an der Geldschöpfung. Der größte Teil wird über die Geldschöpfung der Geschäftsbanken in Umlauf gebracht. Bei der auf diese Weise zur Verfügung gestellten Liquidität handelt es sich im Normalfall um Buchgeld. Die mögliche Geldschöpfung, welche die Geschäftsbanken von bei ihnen eingezahlten Einlagen vornehmen können, wird durch den Mindestreservesatz der Zentralbank und die Bargeldneigung der Kunden beschränkt.¹⁹ In den Bilanzen der monetären Finanzinstitute sind die vergebenen Kredite für Deutschland mit 4.270 Mrd. € ausgewiesen. Die gesamte Bilanzsumme der Finanzinstitute beläuft sich für September 2006 auf 7.077 Mrd. €.²⁰

¹⁷ Vgl. Görgens E., Ruckriegel K., Seitz F., Europäische Geldpolitik, 4., völlig neu bearbeitete Auflage, Stuttgart 2004, S. 175 - 176.

¹⁸ Vgl. Görgens E., Ruckriegel K., Seitz F., Europäische Geldpolitik, 4., völlig neu bearbeitete Auflage, Stuttgart 2004, S. 241.

¹⁹ Vgl. Görgens E., Ruckriegel K., Seitz F., Europäische Geldpolitik, 4., völlig neu bearbeitete Auflage, Stuttgart 2004, S. 240.

²⁰ Vgl. o.V., Bilanzstatistik der MFIs (monetären Finanzinstitute): Bestandsangaben, Deutsche Bundesbank, http://www.bundesbank.de/statistik/statistik_eszb_neuesfenster_tabelle.php?stat=outstanding_amounts vom 30.10.2006, Stand 11/2006.

3.4 Die Funktionen des Geldes

Das Geld erfüllt in der Wirtschaft drei Funktionen. Es dient den Wirtschaftssubjekten als Recheneinheit, um Waren zu vergleichen, weiterhin als Tausch- und Zahlungsmittel sowie zur Wertaufbewahrung.²¹ Die einzelnen Aufgaben stellen dabei unterschiedliche Anforderungen an das Geld. Damit die Währung als Recheneinheit verwendet wird, genügt es, dass alle Waren in der gleichen Währung ausgezeichnet sind. Je größer der Gültigkeitsbereich einer Währung ist, umso besser wird diese Aufgabe erfüllt. Die Eigenschaft eines Tauschmittels kann eine Währung nur übernehmen, wenn sie in ausreichender Menge zur Verfügung steht, sie beliebig teilbar ist und von vielen Wirtschaftsteilnehmern verwendet wird. Damit eine Währung sich zum Sparen eignet, muss eine Aufbewahrung zu geringen Kosten möglich sein und das Geld im Zeitablauf einem geringen Kaufkraftverlust unterliegen. Die Funktion als Tauschmittel ist heute die wichtigste Funktion des Geldes. Die Urwirtschaft konnte vollkommen ohne Geld auskommen, da jeder alle Waren, die er zum Leben benötigte, selbst herstellte. In Gesellschaften mit geringer Arbeitsteilung ist der Warenaustausch Ware gegen Ware ausreichend effizient, um den Handelsbedarf zu bewältigen. In einer Gesellschaft, in der viele Menschen in eine spezialisierte Arbeitsteilung eingebunden sind, ist das Geld als Tauschmittel ein lebensnotwendiger Bestandteil der Wirtschaft.²²

3.5 Die Indexwährung und die Goldwährung

Eine Indexwährung oder Papiergeldwährung besitzt im Gegensatz zu einer Goldwährung keine festgelegte Deckung. Bei einer Goldwährung besteht ein festes Verhältnis zwischen Geld und Gold. Die ausgebende Institution muss darauf achten, nur so viel Geld in Umlauf zu bringen, dass ihre verfügbaren Goldreserven zur Deckung genügen. Der Name der Indexwährung bezieht sich auf die Verwendung von Indexzahlen, mit denen die Kaufkraftveränderung ermittelt werden soll. Anhand dieser berechneten Indexzahlen soll durch Anpassung der Geldmenge die Kauf-

²¹ Vgl. Mankiw N. G., Grundzüge der Volkswirtschaftslehre, 2., überarbeitete Auflage, Stuttgart 2001, S. 647 - 648.

²² Vgl. Gesell S., Gesammelte Werke Band 11, 4., letztmalig vom Autor überarbeitete Auflage, Neuauflage 2004, S. 132.

kraft stabil gehalten werden. Die scheinbare Genauigkeit einer solchen Indexberechnung täuscht darüber hinweg, dass die Kaufkraftveränderung des Geldes bei einer Indexwährung nicht genau bestimmbar ist.²³ Bei der Indexwährung dient das umlaufende Geld als Tauschmittel und als Wertmaßstab.²⁴ Eine direkte Einschätzung der Kaufkraft durch den Bezug von Preis zu Ware ist nicht möglich, da eine Preisveränderung entweder in einer Veränderung der Geldmenge oder in der Ware ihre Ursache haben kann. Im Gegensatz dazu steht bei einer Goldwährung der Ware eine bestimmte Menge Gold gegenüber. Eine Änderung der umlaufenden Goldmenge ist dabei deutlich schwieriger als eine Änderung der Geldmenge einer Papiergeld- bzw. Indexwährung. Die Goldwährung hatte, während sie bestand, deutlich geringere Preisveränderungen zur Folge, als es selbst eine von der Politik unabhängige Zentralbank für eine Indexwährung sicherstellen kann.²⁵

3.6 Der Verbraucherpreisindex

Für Deutschland wird die Veränderung der Kaufkraft des Euro über den Verbraucherpreisindex ermittelt. Der Index ermittelt die Veränderung des Preisniveaus anhand eines Warenkorbes. Die wichtigsten Bestandteile (mit min. 5 %) sind im Folgenden kurz aufgelistet:²⁶

- 29 % für Warmmiete
- 12 % für Lebensmittel
- 12 % für Dienstleistung
- 10 % für Mobilität
- 6 % für Bekleidung
- 5 % für Gastronomie

Dass diese Kennzahl keine Aussage zur Höhe von Inflation bzw. Deflation ermöglicht, liegt nicht an der Methode der Erhebung oder den zusammengestellten Daten. Das Problem liegt in der Unmöglichkeit, festzustellen, welcher Anteil an der

²³ Vgl. Mises L. v., Nationalökonomie, Genf 1940, PDF- Version von www.mises.de 2005, S. 208 - 212.

²⁴ Vgl. o.V., Geldentwertung, <http://de.wikipedia.org/wiki/Geldentwertung>, Stand 09.2006.

²⁵ Vgl. Mises L. v., Nationalökonomie, Genf 1940, PDF- Version von www.mises.de 2005, S. 428 - 434.

²⁶ Vgl. o.V., Im Blickpunkt Preise in Deutschland 2006, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2006, S. 29.

Preisveränderung auf eine Änderung der Geldmenge und welcher Anteil auf eine Änderung im Verbraucherverhalten zurückzuführen ist. Beide Änderungen treten in der Wirtschaft gemeinsam auf und sind untrennbar miteinander verbunden.

3.6.1 Die Preisänderungen anhand von Beispielen

Ein Beispiel dafür, wie falsch die Gleichsetzung von steigenden Preisen mit Inflation ist, zeigt die Preisentwicklung beim Öl. Die steigenden Preise von Öl haben einen großen Einfluss auf die Heizkosten für Wohnungen und auf die Kraftstoffkosten. Eine Ursache für steigende Preise liegt in der wachsenden Nachfrage auf dem Weltmarkt und dem stagnierenden Angebot.²⁷ Insgesamt kann ein Preisanstieg von 46 % und ein Preisverfall von 27 % innerhalb eines Jahres für Öl²⁸ weder in einer Veränderung der Geldmenge noch in einer Veränderung der Nachfrage ihre Ursache haben. Solche Preisbewegungen werden von Spekulanten gemacht und nicht durch realwirtschaftliche Änderungen von Angebot und Nachfrage. Dass versucht wird, den Verbraucherpreisindex um Komponenten mit hoher Volatilität, wie z.B. die Energiepreise, zu bereinigen, zeigt, wie verlässlich ein solcher Index ist.²⁹ Das Fallen einzelner Warenpreise führt insgesamt zu einer geringeren Preissteigerung laut Verbraucherpreisindex. Ein Beispiel dafür sind die Verkaufspreise von Notebooks, welche innerhalb eines Jahres um über 25 % gesunken sind.³⁰ Diese mindern den gemessenen Preisanstieg, obwohl die Preissenkungen zum größten Teil ihre Ursache in besseren Methoden zur Herstellung und einer verbesserten Technik haben.

²⁷ Vgl. Morris C., Peak oil im Sommerloch, <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/20/20727/1.html> vom 15.08.2005, o. S., Stand 09.2006.

²⁸ Vgl. o.V., Kurse für Rohöl - BRENT CRUDE OIL (SPOT) http://rohstoffe.onvista.de/kursliste.html?ID_NOTATION=4062566&RANGE=12M vom 02.11.2006; o. S., Die Preisveränderung ergibt sich aus folgenden Kursen: 53,28 \$ am 30.11.2005, 78,02 \$ am 08.08.2006 und 56,8 \$ am 31.10.2006.

²⁹ Vgl. Görgens E., Ruckriegel K., Seitz F., Europäische Geldpolitik, 4., völlig neu bearbeitete Auflage, Stuttgart 2004, S. 168.

³⁰ Vgl. o.V., Preisentwicklung im IT-Sektor, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2006, o. S.

3.6.2 Der Umfang der Geldmengenänderung

Von der Europäischen Zentralbank wird ein Wert veröffentlicht, der genau beschreibt, wie stark sich die Geldmenge M3 verändert. Der Verbraucherpreisindex für Deutschland lag im Jahr 2006 bei 2 %, ³¹ das jährliche Geldmengenwachstum für M3 wurde von der EZB mit 8,7 % für das 2. Quartal 2006 angegeben. ³² Dass der Verbraucherpreisindex nicht in dem Umfang gestiegen ist, wie die Geldmenge sich vergrößert hat, liegt nach Einschätzung von John Maynard Keynes daran, dass eine Zunahme der Geldmenge so lange ohne Auswirkung auf die Preise bleibt, wie Arbeitslosigkeit besteht. ³³

³¹ Vgl. o.V., Verbraucherpreisindex für Deutschland, <http://www.destatis.de/indicators/d/tkpre510.htm>, o. S., Stand 09.2006.

³² Vgl. o.V., Monatsbericht September 2006, Europäische Zentralbank, Frankfurt am Main 2006, S. 16.

³³ Vgl. Keynes J. M., Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, 9. Auflage, Berlin 2002, S. 250.

4 Die Kombination von paralleler Währung und BGE

In diesem Teil erfolgt die Erklärung für die Beträge, welche bereits zu Beginn der Arbeit als Unter- bzw. Obergrenze für das BGE verwendet wurden. Für die Untergrenze erfolgt die Herleitung anhand der Mindestversorgung, die den Menschen in Deutschland heute zugebilligt wird. Die Obergrenze für das BGE wird durch Interpolation der zu erwartenden zusätzlichen Nachfrage hergeleitet. Es soll sichergestellt werden, dass die Wirtschaft nicht durch zu schnelles Wachstum überfordert wird und die Warenpreise nicht zu stark steigen. Um die Sicherheit der neuen Währung zu zeigen, wird zuerst ausgeführt, welche Sicherheiten der Euro heute besitzt, und dann dargelegt, welche Sicherheiten der Neuro haben soll. Es wird geprüft, ob beide Währungen dauerhaft parallel bestehen können. Zusätzlich werden Details zur Art und Weise der Einführung des Neuro erläutert. Dabei wird darauf eingegangen, wie sicher die Zahlung des Grundeinkommens auf Basis des Neuro ist.

4.1 Die Untergrenze für ein bedingungsloses Grundeinkommen

4.1.1 Die Regeln für Arbeitslosengeld II

Es gibt bereits heute ein Grundeinkommen in Deutschland. Um dieses Grundeinkommen zu erhalten, müssen allerdings umfangreiche Bedingungen erfüllt werden. Es gelten strenge Vorschriften für die Feststellung der Bedürftigkeit. Die Person, welche das Grundeinkommen erhalten möchte, darf nur ein geringes Vermögen besitzen. Überschreitet das Vermögen die vorgegebenen Grenzen, so ist erst das Vermögen aufzubreuchen, bevor das Grundeinkommen bezogen werden kann. Die Vorgabe für das Vermögen gilt nicht für die einzelne Person, sondern für die Bedarfsgemeinschaft, der die Person angehört. Eine Bedarfsgemeinschaft kann neben der beantragenden Person selbst einen Lebenspartner und eigene Kinder, die im gleichen Haushalt leben, umfassen. Wenn das Grundeinkommen bezogen wird, müssen weitere Regeln eingehalten werden oder die Zahlung wird eingestellt. Es besteht kein Anspruch auf Urlaub, das

Verlassen des Wohnortes ist maximal für drei Wochen im Jahr möglich, muss aber vom Betreuer der Institution, welche das Grundeinkommen auszahlt, genehmigt werden. Es muss selbst aktiv eine neue Arbeitsstelle gesucht werden. Sollten zumutbare Arbeiten mehrfach abgelehnt werden, so wird die Zahlung des Grundeinkommens eingestellt.³⁴ Die Regelungen für den Bezug von Arbeitslosengeld II im Detail aufzuführen, ist im Rahmen dieser Arbeit nicht zielführend. Anhand dieser exemplarisch ausgewählten Regeln soll nur verdeutlicht werden, wie weit diese Form eines Grundeinkommens von einem BGE entfernt ist und in welchem Umfang Eingriffe in die persönlichen Freiheitsrechte des einzelnen Bürgers vorgenommen werden.

4.1.2 Die Leistung für die Einhaltung der Regeln von Arbeitslosengeld II

Die Regelleistung im Rahmen von ALG II beträgt seit 01.07.2006 für eine einzelne Person 345 €. Die Leistung für den Lebenspartner beträgt 311 €, Kinder erhalten 207 € bzw. 276 €, abhängig vom Alter.³⁵ Zusätzlich werden die Kosten für Unterkunft und Heizung übernommen, soweit diese als angemessen angesehen werden. Der Bundesdurchschnitt für diese Zuzahlung lag bei Bedarfsgemeinschaften mit einer Person bei 231,44 € im September 2006.³⁶ Damit liegt die bestehende Grundsicherung ohne Berücksichtigung von Zahlungen für Sozialversicherungen bei weniger als 600 € für eine einzelne Person. Bei einem Mehrpersonenhaushalt liegt der pro Kopf gezahlte Betrag entsprechend niedriger. Damit sich die finanzielle Situation von Einpersonenhaushalten nicht verschlechtert, muss ein bedingungslos gezahltes Grundeinkommen bei mindestens 600 € ansetzen.

³⁴ Vgl. o.V., Arbeitslosengeld II, Bundesagentur für Arbeit, <http://www.arbeitsagentur.de/Navigation/zentral/Arbeitnehmer-info/Arbeitslosengeld-II/Arbeitslosengeld-II-Nav.html> vom 25.08.2006, o. S., Stand 11.2006.

³⁵ Vgl. o.V., Regelleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts, Bundesagentur für Arbeit, <http://www.arbeitsagentur.de/Navigation/zentral/Arbeitnehmer-info/Arbeitslosengeld-II/Geldleistungen/Arbeitslosengeld-II-Sozialgeld/Arbeitslosengeld-II-Sozialgeld-Nav.html> vom 10.08.2006, o. S., Stand 10.2006.

³⁶ Vgl. o.V., Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II, Geldleistungen für Bedarfsgemeinschaften, vorläufige Daten, 09.2006 Nürnberg, <http://www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/detail/I.html>, o. S., Stand 10.2006.

4.1.3 Die Festlegung der Untergrenze

Ein BGE in der Höhe von 600 € ermöglicht keine vollständige Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Aufgrund der sehr verschiedenen Lebensbedingungen in Deutschland kann kein einheitlicher Betrag für ein Grundeinkommen berechnet werden, der in allen Regionen den gleichen Nutzen stiftet. In einer Großstadt wird die Wohnung wahrscheinlich kleiner gewählt werden müssen, als es in einer ländlichen Region notwendig wäre. Da aber das Eingehen auf einzelne Lebensumstände nur Ungerechtigkeiten und ein unnötig kompliziertes System schaffen würde, wurde auf besondere Regelungen verzichtet. Stattdessen wird ein Puffer für die unterschiedlichen Lebenshaltungskosten aufgeschlagen. Der Puffer wurde pauschal mit 100 € festgelegt. Somit ergibt sich aus dem heutigen Grundeinkommen von 600 € und einem Aufschlag von 100 € die Untergrenze von 700 € für das BGE. Von diesem Betrag wird einer einzelnen Person keine vollständige Teilhabe ermöglicht. Erst durch Synergieeffekte, indem zum Beispiel in einer Wohn- oder Lebensgemeinschaft mindestens das zweifache BGE bezogen wird, kann von einer ausreichenden Grundversorgung ausgegangen werden. Da der eigentliche Betrag des BGE erst durch eine Abstimmung der Bevölkerung festgelegt wird, wurde darauf verzichtet, die Untergrenze weiter anzuheben. Es kann davon ausgegangen werden, dass der Betrag für das Grundeinkommen deutlich über 700 € liegen wird.

4.2 Die Obergrenze für ein bedingungsloses Grundeinkommen

4.2.1 Die Rahmenbedingungen für die Ermittlung der Obergrenze

Die Rahmenbedingungen für die Obergrenze ergeben sich aus den wirtschaftlichen Gegebenheiten. Die Vorgabe besteht darin, in welchem Umfang zusätzliche Nachfrage bewältigt werden kann. Daraus ergibt sich, wie viele Neuro innerhalb des ersten Jahres der Einführung der neuen Währung auf dem Markt als zusätzliche Nachfrage in Erscheinung treten dürfen, ohne die Stabilität der Volkswirtschaft durch ein zu starkes Wachstum zu gefährden. Es muss zwischen neuer Nachfrage in Neuro und der Nachfrage, welche vom Euro auf den Neuro übertragen wird,

unterschieden werden. Die übertragene Nachfrage kann für die Einschätzung der Obergrenze vernachlässigt werden, da im Gegenzug zur Nachfrage in Neuro die Nachfrage in Euro entfällt. Aufgrund der Gestaltung der Neurowährung wird diese gegenüber der Eurowährung eine Konsumpräferenz haben. Hiermit ist gemeint, dass jemand, der sowohl Euro als auch Neuro im Besitz hat, den Neuro bevorzugt für Konsumausgaben verwenden wird und den Euro bevorzugt sparen wird. Es kann auch von einer Sparpräferenz des Euro gegenüber dem Neuro gesprochen werden.³⁷ Anhand des Faktors der aktuellen Konsumquote der Gesellschaft, dem Verhältnis von Einkommen zu Konsumausgaben, kann aus dem Betrag der zusätzlichen Nachfrage das zusätzliche Einkommen, das durch das BGE erzeugt werden darf, berechnet werden. Es ist bekannt, dass die Konsumquote mit steigendem Einkommen fällt.³⁸ Allerdings werden einzelne Personen eine höhere Konsumquote besitzen, als sie der gesellschaftlichen Konsumquote entspricht. Aufgrund dieser beiden gegenläufigen Faktoren wird die Konsumquote, die anhand der gesamtwirtschaftlichen Daten ermittelt wurde, unverändert für die Einkommensberechnung weiterverwendet. Dieses Einkommen wird dann auf die Personenanzahl aufgeteilt, welche anhand von Versorgungsstrukturen in der Gesellschaft für den Bezug des BGE ermittelt wurde.

4.2.2 Die Auswirkungen einer offenen Volkswirtschaft

Dass Deutschland eine offene Volkswirtschaft ist, stellt für die Einführung der neuen Währung und der Finanzierung des Grundeinkommens kein Problem dar. Bei einer offenen Volkswirtschaft ist es möglich, dass staatliche Investitionen nicht zu einer wirtschaftlichen Belebung führen. Die Ursache liegt darin, dass mit den zusätzlichen Geldern vorwiegend Waren aus dem Ausland bezogen werden und daher der Multiplikatoreffekt im Inland nur niedrig ausfällt. Das Problem spielt für das neue Grundeinkommen keine Rolle, da der Verkäufer der ausländischen Waren entweder die neue Währung akzeptiert und damit einen Teil der Kosten des Grundeinkommens trägt oder nicht von der zusätzlichen Nachfrage aus dem BGE profitieren kann. Für den Fall, dass die neue Nachfrage nach Gütern zum größten

³⁷ Siehe Punkt 6 zu den Auswirkungen des Neuro auf den Kapitalmarkt.

³⁸ Vgl. Keynes J. M., Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, 9. Auflage, Berlin 2002, S. 83.

Teil mit ausländischen Waren befriedigt wird, bestehen verschiedene Möglichkeiten für den ausländischen Verkäufer, mit dem Neuro umzugehen. Der größte Vorteil der neuen Währung ist, dass Gelder, welche als Liquidität gehalten werden und eine Verschuldung von Deutschland gegenüber dem Ausland darstellen, automatisch durch die Erhebung der Umlaufsicherungsgebühr verringert werden. Im Gegensatz zu heutigen Währungen, welche langfristig in Form von Devisen gehalten werden können, ist es nicht möglich, dauerhafte Schuldtitel gegenüber Deutschland durch Halten von Neuro aufzubauen. Der Verkäufer von ausländischen Waren gegen Neuro muss die Geldbestände, wenn er sie nicht einfach verfallen lassen will, abbauen. Es können Waren aus Deutschland gekauft werden oder Investitionen in Deutschland vorgenommen werden, um die eingenommenen Neuro wieder auszugeben. Eine weitere Möglichkeit ist, Neuro auf dem Markt gegen eine andere Währung zu wechseln. Damit wird die Frage nach Kauf oder Investition an einen anderen Teilnehmer der Weltwirtschaft weitergegeben. Die Institution, welche den Neuro ausgibt, wird keine Neuro zurücknehmen und gegen eine andere Währung tauschen. Alle Konten, auf denen Neuro geführt werden, unterliegen dem Schwund durch die Umlaufsicherungsgebühr. Dem Gebiet, in dem der Neuro als Zahlungsmittel verwendet wird, kann keine Liquidität durch den Ankauf von ausländischen Waren entzogen werden und eine Ausweitung der Geldmenge ist nicht notwendig. Ein ausgeglichener Außenhandel zwischen Deutschland und anderen Ländern wird durch den Neuro gestärkt. Solange die anderen Länder eine Währung verwenden, welche als Devisen gespeichert werden kann, wird es Deutschland weiterhin möglich sein, einen Exportüberschuss zu erwirtschaften. Gäbe es keine Währung mehr, in der Exportüberschüsse gespeichert werden können, muss es zu einem Ausgleich von Defiziten in der Außenhandelsbilanz kommen, da sonst die Volkswirtschaft des Landes mit dem Exportüberschuss einen Verlust erleidet.

4.2.3 Die Ermittlung der zulässigen zusätzlichen Neuronachfrage

Um nun die oben beschriebene Berechnung vorzunehmen, werden für die Ermittlung zusätzlicher Nachfrage die Angaben zu den Konsumausgaben und dem als unproblematisch erwarteten Wirtschaftswachstum benötigt. Die Konsumausgaben

lagen 2005 bei 1.256 Mrd. €. ³⁹ Es wird im Folgenden vereinfachend angenommen, dass sich die Quote für nachhaltiges Wirtschaftswachstum aus der volkswirtschaftliche Sparquote ergibt. Das setzt voraus, dass die Investition der gesparten Gelder in neue Kapitalien zur Güterherstellung erfolgen und damit eine Steigerung der volkswirtschaftlichen Gesamtleistung in der Höhe der Sparquote bewirkt wird. Aus der Gleichheit von Investition und Ersparnis ⁴⁰ lässt sich nicht schließen, dass umgekehrt das Wirtschaftswachstum der Höhe der Sparquote entsprechen muss. Der Grund dafür ist, dass es Investitionen gibt, welche kein Wachstum ermöglichen, z.B. die Ausweitung der Kassenhaltung. ⁴¹ Die Sparquote lag 2005 bei 10,6 %. ⁴² Damit ergibt sich eine zusätzliche Nachfrage von rund 126 Mrd. €.

4.2.4 Die Aktivierung von Reserven für die zulässige Neuronachfrage

Da der bisherige Wert nur ein geringes Grundeinkommen ermöglichen würde, werden zusätzliche Reserven hinzugenommen, die, ohne der Volkswirtschaft zu schaden, für eine Bewältigung von zusätzlichem Konsum in Betracht gezogen werden können. Eine Reserve sind die Produktionskapazitäten, welche bereits vorhanden sind, aber bisher nicht verwendet wurden. Die Kapazitätsauslastung im verarbeitenden Gewerbe Anfang 2006 lag bei 85 %. ⁴³ Da diese Daten für eine Überschlagsberechnung der Obergrenze verwendet werden, wird davon ausgegangen, dass eine Auslastung bis 100 % möglich ist. Dass auf diesem Niveau nicht produziert wird, sondern vorher durch Investitionen die Kapazitäten ausgebaut werden, kann im Rahmen dieser Berechnung vernachlässigt werden. Die Investitionsstätigkeit wird mit dem Wirtschaftswachstum bereits ausreichend berücksichtigt. Eine weitere Reserve ist der Außenhandelsüberschuss von ca. 160 Mrd. € im Jahr

³⁹ Vgl. o.V., Konsumausgaben privater Haushalte, Statistisches Bundesamt vom 06.09.2006, <http://www.destatis.de/indicators/d/lrleb03ad.htm>, o. S., Stand 10.2006.

⁴⁰ Vgl. Keynes J. M., Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, 9. Auflage, Berlin 2002, S. 54 - 57.

⁴¹ Vgl. Mises L. v., Nationalökonomie, Genf 1940, PDF- Version von www.mises.de 2005, S. 339.

⁴² Vgl. o.V., Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Inlandsproduktsberechnung 2005, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2006, S. 42.

⁴³ Vgl. o.V. Daten zur kurzfristigen Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt Nr. 09/2006, Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit, http://doku.iab.de/werkber/2006/wb_konjunkturindikatoren.pdf, S. 2, Stand 10.2006.

2005.⁴⁴ Die Einbeziehung ist möglich, weil es für eine Volkswirtschaft unschädlich ist, eine ausgeglichene Außenhandelsbilanz zu haben. Damit ergibt sich jetzt eine zulässige Steigerung der Nachfrage um etwa 507 Mrd. €.⁴⁵

4.2.5 Die Feststellung des zulässigen zusätzlichen Neuroeinkommens

Für den nächsten Teil der Berechnung ist nun die Konsumquote zu ermitteln. Die Ausgaben für den Konsum sind bereits bekannt und betragen 1.256 Mrd. €. Das verfügbare Einkommen lag im Jahr 2005 bei 1.885 Mrd. €.⁴⁶ Damit liegt die Konsumquote fast genau bei zwei Dritteln des verfügbaren Einkommens. Bezogen auf die zulässige Nachfrage von 507 Mrd. € ergibt sich damit ein vertretbarer Einkommensanstieg von 768 Mrd. €. Grundsätzlich muss getrennt werden zwischen der Nachfrage, welche durch einen Transfer von Leistungen von Euro auf Neuro zustande kommt, und zusätzlicher Neuronachfrage. Um die spätere Berechnung des Pro-Kopf-Einkommens zu vereinfachen, wird hier davon abgewichen. Zu der berechneten Nachfrage wird die Nachfrage hinzugerechnet, welche aktuell als ALG II in Euro ausgezahlt wird. An die etwa sieben Millionen Menschen wurde im September 2006 ein Betrag von 3,2 Mrd. € gezahlt. Von diesem müssen die 0,75 Mrd. € für Sozialversicherungen abgezogen werden, da diese keine Euro-nachfrage ausüben.⁴⁷ Wird dieser Betrag hochgerechnet auf ein Jahr, ergibt sich eine Euronachfrage von 29,4 Mrd. €. Die Basis für die Berechnung des Pro-Kopf-Einkommens steigt damit auf 797 Mrd. €.

⁴⁴ Vgl. o.V., Einfuhr und Ausfuhr, Statistisches Bundesamt vom 24.02.2006, <http://www.destatis.de/basis/d/aussh/ausstab2.php>, o. S., Stand 10.2006.

⁴⁵ Diese Zahl ergibt sich aus der Summe der Konsumausgabensteigerung von 10 % durch Wirtschaftswachstum, eine Erhöhung der Produktion auf 100 %, wobei die 1256 Mrd. € als 85 % verwendet werden, sowie dem Betrag des Außenhandelsüberschusses. $1256 \text{ Mrd. €} * 10 \% + 1256 \text{ Mrd. €} / 85 \% * 100 \% - 1256 \text{ Mrd. €} + 160 \text{ Mrd. €} = 507 \text{ Mrd. €}$.

⁴⁶ Vgl. o.V., Bruttonationaleinkommen, verfügbares Einkommen und Volkseinkommen, Statistisches Bundesamt vom 05.09.2006, <http://www.destatis.de/indicators/d/lrvgr04ad.htm>, o. S., Stand 10.2006.

⁴⁷ Vgl. o.V., Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II, Geldleistungen für Bedarfsgemeinschaften, vorläufige Daten, 09.2006 Nürnberg, <http://www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/detail/l.html>, o. S., Stand 10.2006.

4.2.6 Die Ermittlung des zusätzlichen Pro-Kopf-Einkommens

Aufgrund der Berücksichtigung der Euronachfrage durch ALG II müssen für die Ermittlung des Pro-Kopf-Einkommens nur zwei Gruppen unterschieden werden. Für die ca. 36 Millionen Erwerbstätigen⁴⁸ wird angenommen, dass ihre Einkünfte nicht um den vollen Betrag des BGE steigen werden. Durch Einschränkung des Arbeitsangebotes der Beschäftigten wird deren Einkommen vermindert. Es wird angenommen, dass nur 90 % des BGE als Einkommenszuwachs bei den Beschäftigten wirksam werden. Für die anderen 39 Millionen Personen⁴⁹ und die 7 Millionen Empfänger von ALG II wird der volle Betrag des BGE als einkommenswirksam angenommen. Ein letzter Faktor, welcher mit einbezogen wird, ist die Annahme, dass nur 71 % das BGE beziehen werden und 29 % weiterhin ihren Lebensunterhalt über ihre Angehörigen erhalten.⁵⁰ Damit ergibt sich die folgende Gleichung:

$$797 \text{ Mrd. €} = x * ((0,9 * 36 \text{ Mill.} + 46 \text{ Mill.}) * 0,71)$$

Es ergibt sich somit ein Pro-Kopf-Einkommen von 14.318 € pro Jahr bzw. ein monatliches BGE von 1.193 €. Entsprechend gerundet ergibt sich eine Obergrenze von 1.200 N€ pro Person und pro Monat. Auch hier sei darauf hingewiesen, dass dieses einem maximalen Betrag des BGE entspricht. Ebenso wie bei der Untergrenze ist auch hier nicht zu erwarten, dass der spätere Betrag sich nahe der Obergrenze befinden wird. Auch wenn bisher keine Informationen über ein mögliches Abstimmungsverhalten bekannt sind, so kann doch anhand statistischer Verteilung angenommen werden, dass ein späteres BGE näher am Mittelwert von 950 € liegen wird als an einem der beiden Grenzwerte.

⁴⁸ Vgl. o.V., Erwerbspersonen und Erwerbstätige nach Geschlecht, Statistisches Bundesamt vom 22.03.2005, <http://www.destatis.de/indicators/d/lrerw01ad.htm>, o. S., Stand 10.2006.

⁴⁹ Vgl. o.V., Bevölkerung, Statistisches Bundesamt vom 23.08.2006, <http://www.destatis.de/basis/d/bevoe/bevoetab4.php>, o. S., Stand 10.2006.

⁵⁰ Vgl. o.V., Quellen des Lebensunterhalts, Statistisches Bundesamt vom 22.03.2005, <http://www.destatis.de/indicators/d/lrleb01ad.htm>, o. S., Stand 10.2006.

4.3 Die Stabilität der neuen Währung

Eine Währung ist dann stabil, wenn diese keine Änderungen in der Kaufkraft aufweist. Das bedeutet nicht, dass sich die Preise von Waren nicht verändern dürfen. Die Preise unterliegen ständigen Anpassungen, weil die Volkswirtschaft sich ständig verändert. Eine solche Anpassung kann eine geänderte Verteilung von Ressourcen, Anwendung besserer Produktionsverfahren oder eine Veränderung menschlicher Vorlieben sein. Aufgrund der bereits oben erläuterten Problematik, bei einer Papiergeldwährung die Kaufkraftänderung festzustellen, muss eine Währung mit veränderlicher Geldmenge immer als instabil betrachtet werden. Im Folgenden werden die Kriterien betrachtet, die für den Euro festgelegt wurden, damit dieser stabil bleibt. Diese Kriterien werden dann kritisch hinterfragt und es wird beurteilt, ob diese wirklich eine langfristige Stabilität der Währung sichern können. Nach dieser Betrachtung wird erklärt, welche Vorgaben für den Neuro festgelegt werden und warum erwartet wird, dass der Neuro auf lange Sicht stabiler sein wird.

4.3.1 Die Vorgaben zu Stabilisierung des Euro

Vor der Einführung des Euro mussten eine Reihe von Konvergenzkriterien eingehalten werden, damit eine Teilnahme an der Währungsunion möglich war. Seit der Einführung des Euro als Buchgeld am 31.12.1998 gelten für die teilnehmenden Staaten nur noch die Vorgaben zur Verschuldung, welche im Stabilitäts- und Wachstumspakt vereinbart wurden. Die Vorgaben sind, dass ein Staat sich mit maximal 3 % des nominalen Bruttoinlandsproduktes pro Jahr verschulden sollte und dass die Staatsschulden insgesamt einen Betrag von 60 % des nominalen Bruttoinlandsproduktes nicht überschreiten sollten. Die Vorgaben für die Europäische Zentralbank sind eine Preissteigerungsrate von nahe 2 % und eine Steigerung der Geldmenge von M3 um 4,5 %.⁵¹ Wie bereits gezeigt wurde, liegen die aktuellen Wachstumsraten der Geldmenge deutlich über diesem Referenzwert.

⁵¹ Vgl. Görgens E., Ruckriegel K., Seitz F., Europäische Geldpolitik, 4., völlig neu bearbeitete Auflage, Stuttgart 2004, S. 17 - 18, S. 182 - 184.

4.3.2 Die Bewertung der Eurostabilitätsvorgaben

Die Währung des Euro hat keine eigene Wertbasis. Die Vorgaben für die Verschuldung der Staaten sind nicht ausreichend. Mit einer Preissteigerung von 2 % pro Jahr würde bereits ein reales Wirtschaftswachstum von 1 % genügen, damit bei einem gleichbleibenden Staatsdefizit von 3 % die Verschuldung nicht über 60 % des nominalen Bruttoinlandsproduktes anwachsen würde. Für die Staaten besteht damit keine Verpflichtung, einen ausgeglichenen Staatshaushalt zu erreichen oder die Verschuldung zu verringern. Daher sind von den Staaten keine Impulse zu erwarten, dass der Euro auf lange Sicht eine stabile Währung sein wird. Die Kriterien, nach denen die Europäische Zentralbank handelt, müssen ebenfalls als problematisch angesehen werden. Eine Preissteigerung von jährlich 2 % Prozent bedeutet, dass sich die Preise in 35 Jahren verdoppeln werden. Eine solche Preisveränderung muss von den Bürgern berücksichtigt werden, wenn sie sich für ihre Rente absichern wollen. Eine solche Geldentwertung kann im Hinblick auf eine Altersvorsorge nur als unverantwortlich betrachtet werden. Ein weiteres Risiko für die Stabilität ist die Vergrößerung der Geldmenge. Würde die Geldmenge nur um 4,5 % steigen, würde es bedeuten, dass sich die Geldmenge in weniger als 16 Jahren verdoppelt. Mit den aktuellen Steigerungen von 8 % wird die Geldmenge sich bereits nach neun Jahren verdoppelt haben. Der Anstieg der Geldmenge, der bisher an den Indexgrößen keine Veränderung bewirkt, ist das größte Risiko für die Stabilität. Es ist nicht zu erwarten, dass die EZB in der Lage sein wird, bei weiterem Anstieg der Geldmenge die Preissteigerung unter 2 % zu halten. Eine Ausnahme ist möglich, wenn der volkswirtschaftliche Produktivitätsfortschritt so hoch ist wie die Differenz von Geldmengenwachstum zur gewünschten Rate der Preissteigerung. Aktuell ist davon auszugehen, dass die zusätzliche Geldmenge nicht in dieser Form bereits in den Warenpreisen enthalten ist.

4.3.3 Der Preisanstieg des Euro

Es folgt nun eine Erklärung, warum ein solcher Preisanstieg zu erwarten ist. Die Wirtschaft teilt sich heute in zwei Bereiche: in den realwirtschaftlichen Bereich und den Bereich der Finanzen. Für die Realwirtschaft ist das Geld ein Werkzeug, in der

Finanzwirtschaft ist dieses wertlos.⁵² Von den Umsätzen in der Finanzwirtschaft haben weniger als 3 % einen Bezug zur Realwirtschaft. Dieser kleine Anteil genügt, um die Im- und Exportgeschäfte der Realwirtschaft abzusichern.⁵³ Um Aktienkurse auf immer neue Höchstkurse zu bringen und um mit kleinsten Kursschwankungen an den weltweiten Börsen Gewinne machen zu können, müssen große Geldmengen bewegt werden. Die Kassenhaltung der Finanzwirtschaft entzieht damit der Realwirtschaft das Geld. Der Preis, den das Geld von der Realwirtschaft in Form von Zinsen fordert, kann in dieser nur sehr viel schwerer erzielt werden. In der Realwirtschaft muss der Zins erarbeitet werden, in der Finanzwirtschaft wird er gewonnen. Die Finanzwirtschaft kann nur so lange die steigenden Kurse – bedingt durch die Ausweitung der Geldmenge – als Gewinne behandeln, wie Gelder aus der Finanzwirtschaft als Nachfrage nicht in relevanten Mengen in die Realwirtschaft transferiert werden. Bisher ist der Geldtransfer aus dem Finanzsystem so gering, dass die Preise nur wenig steigen. Die Gefährdung der Realwirtschaft durch das Finanzsystem ist als hoch zu bewerten.⁵⁴ Es wird keine Hyperinflation wie 1923 in Deutschland geben.⁵⁵ Dafür wird eine Krise des Euro viel mehr Menschen treffen als die Inflation 1923. Kommt es dazu, dass Geld aus dem Finanzsystem in die Realwirtschaft tritt und die Preissteigerung deutlich zunimmt, dürfte dieses genügen, ein Abströmen der Gelder aus der Finanzwirtschaft in Realwerte zu veranlassen. Der Ablauf einer solchen Krise soll hier nicht aufgezeichnet werden.

4.3.4 Die Stabilitätsvorgaben für den Neuro

Der Neuro ist mit einer Pro-Kopf-Beschränkung für die Geldmenge ausgestattet. Die Geldmenge wird so bemessen, dass die Einnahmen aus der Umlaufsicherungsgebühr den Auszahlungen des BGE entsprechen. Das bedeutet, die Geldmenge wird sich gleichmäßig mit der Anzahl der empfangsberechtigten Personen verändern. Bei einem angenommenen BGE von 1.000 N€ im Monat und 82 Millionen Empfängern würde der Neuro im ersten Monat seiner Einführung eine Geldmenge von 82 Mrd. N€ in Umlauf setzen.

⁵² Vgl. Lotter W., Das Lebensmittel, Teil VI. Der Ruf des Kasinos, in: brand eins 03/2006, http://www.brandeins.de/home/inhalt_detail.asp?id=1930, o. S., Stand 11/2006.

⁵³ Vgl. Kostolany A., Die Kunst über Geld nachzudenken, München 2000, S. 40.

⁵⁴ Vgl. Balzli B., Hornig F., Reuter W., Die Billionen-Bombe, in: Der Spiegel 39/2006, S. 90 - 92.

⁵⁵ Vgl. Mankiw N. G., Makroökonomie, 5., überarbeitete Auflage, Stuttgart 2003, S. 125.

Für dieses Beispiel wird die Geldmenge so lange erhöht, bis über die Umlaufsicherungsgebühr Einnahmen von 82 Mrd. N€ pro Monat erzielt werden. Da die Gebühr im Monat etwa 1 % der umlaufenden Geldmenge beträgt, wird die Geldmenge bis auf 8.200 Mrd. N€ ausgeweitet. Das Wachstum der Geldmenge nimmt von Monat zu Monat ab, da die Einnahmen aus der Umlaufsicherungsgebühr monatlich zunehmen. In Tabelle 1 sind die Geldmengen in Neuro für einige ausgewählte Jahre aufgelistet. Es wird ersichtlich, wie die Steigerung der Geldmenge stetig abnimmt. Die Geldmenge von 8.200 Mrd. N€ wird selbst nach 30 Jahren nicht erreicht.

Jahr	Geldmenge in Mrd. N€	Jahr	Geldmenge in Mrd. N€
1	932	10	5.745
2	1.757	15	6.857
3	2.489	20	7.465
4	3.138	25	7.798
5	3.713	30	7.980

Tabelle 1: Geldmenge N€ nur BGE⁵⁶

Der Staat muss in Zukunft keine Arbeitslosigkeit mehr bekämpfen und in Krisen keine zusätzliche Nachfrage ausüben. Die Menschen können durch das BGE selbst dann, wenn sie keiner Erwerbsarbeit nachgehen, noch Nachfrage ausüben. Damit wird durch das BGE das Krisenproblem von Arbeitslosigkeit und fehlender Nachfrage entschärft. Aus dieser Überlegung heraus wird dem Staat in Zukunft untersagt, Schulden zu machen.

⁵⁶ Die Berechnung basiert auf monatlichen Intervallen der Auszahlung und Gebührenerhebung. Durch die späteren kleineren Intervalle in der Auszahlung und Gebührenerhebung wird die Geldmenge etwas langsamer wachsen.

4.3.5 Die Übernahme der Lasten der Arbeitslosenversicherung

Mit der Einführung der neuen Währung werden die Renten und die Ansprüche aus der Arbeitslosenversicherung ebenfalls in Neuro ausgezahlt. Es wird auf die bisherige Erhebung einer Arbeitslosen- und Rentenversicherung verzichtet werden. Die Übernahme der Lasten der Arbeitslosenversicherung bedeutet, dass zusätzliche Zahlungen in Neuro geleistet werden müssen. Anhand der Einnahmen der Arbeitslosenversicherung können die Ansprüche aus der Arbeitslosenversicherung etwa abgeschätzt werden. Die Einnahmen der Arbeitslosenversicherung lagen 2005 bei 53 Mrd. €, ⁵⁷ welche über einen Anteil von 6,5 % vom Bruttolohn erhoben wurden. Die Höhe des Anspruches auf Arbeitslosengeld beträgt maximal 67 % vom Bruttolohn, welcher zuvor um eine Sozialversicherungspauschale in Höhe von 21 % zu mindern ist. ⁵⁸ Anhand dieser Überschlagsrechnung ergibt sich ein Leistungsanspruch von etwa 432 Mrd. €. ⁵⁹ Um die Ansprüche der Arbeitslosenversicherung abzugelten, würde sich der monatliche Betrag der Neurozahlungen um 36 Mrd. N€ vergrößern.

4.3.6 Die Übernahme der Lasten der Rentenversicherung

Die Ansprüche aus der Rentenversicherung lassen sich nicht so schnell auszahlen. Im Jahr 2004 wurden an 24 Millionen Personen Renten in einer Höhe von 253 Mrd. € ausgezahlt. ⁶⁰ Bei der Ablösung der Rentenversicherung wird das Rentenbezugsalter auf ein Alter von 60 Jahren abgesenkt. In den nächsten zehn Jahren wird das Rentenbezugsalter um jährlich zwei Jahre abgesenkt. Der Beginn der Rentenzahlung bedeutet nicht, dass die Arbeitstätigkeit eingestellt werden muss. Es wird jedem freigestellt, seine Arbeit, solange er möchte und dazu in der Lage ist, weiterhin auszuüben. Ab der Einführung des neuen Systems können keine neuen

⁵⁷ Vgl. o.V., Einnahmen und Ausgaben im Haushalt der Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt vom 10.07.2006, <http://www.destatis.de/basis/d/solei/soleiq18a.php>, o. S., Stand 11.2006.

⁵⁸ Vgl. o.V., Arbeitslosengeld, Wikipedia vom 29.09.2006, <http://de.wikipedia.org/wiki/Arbeitslosengeld>, o. S., Stand 11.2006.

⁵⁹ Der Betrag ergibt sich aus dem hochgerechneten Bruttoeinkommen, abzüglich 21 % und davon 67 %. $53 \text{ Mrd. €} / 6,5 \% = 815 \text{ Mrd. €} * 79 \% = 644 \text{ Mrd. €} * 67 \% = 432 \text{ Mrd. €}$.

⁶⁰ Vgl. o.V., Gesetzliche Rentenversicherung, Statistisches Bundesamt vom 10.07.2006, <http://www.destatis.de/basis/d/solei/soleiq17.php>, o. S., Stand 11.2006.

Rentenansprüche mehr erworben werden. Für die Überschlagsrechnung wird davon ausgegangen, dass die Rentenzahlungen nach der Verrentung der 1964 geborenen Generation sinken werden, da diese der geburtenreichste Jahrgang mit Ansprüchen an die gesetzliche Rentenversicherung ist. Es wird für die folgende Berechnung davon ausgegangen, dass die Umstellung 2010 erfolgt. Die Zahl der Personen mit einem Alter über 65 lag 2004 bei 15,2 Millionen und liegt 2010 bei 16,8 Millionen. Die Personen mit einem Lebensalter von über 60 werden für das Jahr 2010 mit 21,5 Millionen prognostiziert. Für den Beginn der Berechnung wird der Betrag von 2004 um 26 % angehoben. Die Anhebung setzt sich zusammen aus 10,5 % für zusätzliche 1,6 Millionen Menschen, die 2010 über 65 sein werden, und 31 % für 4,7 Millionen Menschen, welche durch die Absenkung des Rentenalters auf das 60. Lebensjahr eine Rentenzahlung erhalten werden. Die Anhebung von 41,5 % wird nur zu 63 % vorgenommen, da die Personen, die 2004 über 65 waren, nur einem Anteil von 63 % der Rentenempfänger jenen Jahres entsprechen. Über diese Minderung soll verhindert werden, dass Personen, welche bereits eine Rente erhalten, erneut als Rentenempfänger hinzugerechnet werden. In Tabelle 2 können die Daten für die ersten Jahre nach der Umstellung abgelesen werden.

Jahr	Renteneintrittsalter und Geburtsjahr	Rentenbezieher in Millionen⁶¹	Personen der Generation 1964 und älter in Millionen	Veränderung Rentenauszahlung in Prozent⁶²	Rentenauszahlung in Mrd. N€
2010	60 – 1950	21,5	37,5	26,1	319
2011	58 – 1953	23,9	36,6	5,6	337
2012	56 – 1956	26,5	35,8	5,4	355
2013	54 – 1959	29,4	34,9	5,4	374
2014	52 – 1962	32,6	34,0	5,4	394
2015	50 – 1965	36,0	33,1	5,2	415
2016	48 – 1968	39,2	32,2	-1,4	409

⁶¹ Es werden hier nur die Personen gezählt, welche das Renteneintrittsalter erfüllen. Die Personen, welche bereits zuvor Rentenleistungen erhalten, werden hier nicht aufgeführt, sind aber im Auszahlungsbetrag weiterhin berücksichtigt.

⁶² Der Anstieg 2010 ist der Zuschlag auf den ausgezahlten Betrag aus dem Jahr 2004. Bis zum Jahr 2016 steigen die Auszahlungen mit dem halben Satz der Zunahme der Anzahl aller Rentenbezieher. Ab dem Jahr 2016 fallen die Auszahlungen mit dem halben Satz der Verminderung der Anzahl der Personen der Generation 1964 und älter.

Jahr	Renteneintrittsalter und Geburtsjahr	Rentenbezieher in Millionen⁶¹	Personen der Generation 1964 und älter in Millionen	Veränderung Rentenauszahlung in Prozent⁶²	Rentenauszahlung in Mrd. N€
2017	46 – 1971	41,8	31,3	-1,4	403
2018	44 – 1974	43,8	30,4	-1,4	398
2019	42 – 1977	45,7	29,5	-1,5	392
2020	40 – 1980	47,7	28,6	-1,5	386

Tabelle 2: Lasten der Rentenversicherung⁶³

4.3.7 Die Geldmenge des Neuro bei Integration der Sozialversicherungen

Es soll nun die Geldmengenentwicklung dafür aufgezeigt werden, dass die Leistungsansprüche der beiden Sozialversicherungen auch auf Neurozahlungen umgestellt werden. Für die Zahlung des BGE gelten die gleichen Annahmen, wie sie für die Geldmengenberechnung in Tabelle 1 verwendet wurden. Die geschätzten Ansprüche der Arbeitslosenversicherung werden ein Jahr lang monatliche Zahlungen von 36 Mrd. N€ erfordern. Für die Rentenversicherung werden die in der Tabelle 2 ausgewiesenen Jahresbeträge gleichmäßig auf zwölf Monatsraten aufgeteilt. Für den Zeitraum nach 2020 wird der Rentenbetrag, beginnend mit 2 % für das Jahr 2021, danach um zusätzlich 0,5 % pro Jahr gemindert. Die Minderung beträgt für das Jahr 2022 also 2,5 %. Im Jahr 2030 wird ein Betrag von 250 Mrd. N€ ausgezahlt und die Quote für die Minderung liegt bei 6,5 %. Durch die zusätzlichen Verpflichtungen wird die umlaufende Geldmenge nach etwa 22 Jahren einen Höchstwert von 10.080 Mrd. N€ erreichen und dann langsam absinken. Sind die Zahlungen aus den Verpflichtungen der Rentenversicherung abgeschlossen, wird die Geldmenge auf den bereits zuvor angegebenen maximalen Wert von 8.200 Mrd. N€ absinken, vorausgesetzt, es wird weiterhin 82 Millionen Empfänger des BGE geben. In Tabelle 3 sind analog der Tabelle 1 ausgewählte Geldmengen für den Neuro aufgeführt.

⁶³ Vgl. o.V., 11. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Variante 1-W1, Statistisches Bundesamt 2006, http://www.destatis.de/basis/d/bevoe/src/poppyrger_v1w1.svg, o. S., Stand 11.2006.

Jahr	Geldmenge in Mrd. N€	Jahr	Geldmenge in Mrd. N€
1	1.565	10	8.118
2	2.638	15	9.532
3	3.606	20	10.046
4	4.482	25	10.006
5	5.278	30	9.684

Tabelle 3: Geldmenge N€ für BGE und Sozialversicherung

4.3.8 Die Optimierung des Neurogeldumlaufs

In den vorhergehenden Berechnungen der Geldmenge wurde zur Vereinfachung mit monatlichen Zeiträumen für Auszahlungen und Einnahmen gerechnet. Der reale Geldumlauf wird so gestaltet, dass die Grundeinkommen nicht pro Monat einmal, sondern wöchentlich ausgezahlt werden. Für eine gleichmäßige Verteilung über die Wochentage kann das BGE z.B. an jenem Wochentag ausgezahlt werden, an dem eine Person geboren wurde. Damit soll sichergestellt werden, dass es in der Institution, welche das BGE verwaltet, nicht zu einer Ansammlung von liquiden Mitteln kommt. Ein Vorschlag für die technische Abwicklung ist, dass die Umlaufsicherungsgebühr von täglich 1/30 % zwischen 0.00 Uhr und 1.00 Uhr eingezogen wird. In der Zeit von 1.00 Uhr bis 2.00 Uhr erfolgt die Auszahlung des BGE. Das wöchentliche BGE ergibt sich aus der Umrechnung des monatlichen BGE wie folgt:

$$\text{wöchentliches BGE} = \text{monatliches BGE} * 12 \text{ Monate} / 52 \text{ Wochen}$$

Bei der Umrechnung gibt es keinerlei Abzüge oder Zuschläge. Bei 1.000 N€ im Monat beträgt das wöchentliche BGE also 230,77 N€.

4.4 Das Geldmengenverhältnis von Neuro zum Euro

Die Geldmenge für den Neuro erreicht einen Spitzenwert von 10.080 Mrd. N€ nach 22 Jahren, vorausgesetzt, alle bezugsberechtigten Personen beantragen die Auszahlung eines BGE. Wird das Geld nicht abgerufen, ist die Geldmenge nur ein theoretischer Wert. Das Geld, das nicht im Umlauf ist, kann keine Auswirkung auf die Preise haben. Wird davon ausgegangen, dass die Geldmenge vollständig abgerufen wird, erscheint diese sehr hoch im Vergleich zum aktuellen deutschen Anteil an der Geldmenge M3 im Euroraum. Die europäische Geldmenge M3 wurde von der Bundesbank mit 7.564 Mrd. € für September 2006 angegeben. Der deutsche Anteil von M3 beträgt 1.657 Mrd. €, in diesem ist das umlaufende Eurobargeld nicht enthalten.⁶⁴ Im Verhältnis zur aktuellen Geldmenge M3 ist die im Beispiel errechnete Geldmenge des Neuro etwa sechsmal so groß. Ein Anstieg der Geldmenge in diesem Umfang wird zu Preissteigerungen führen. Wie bereits oben beschrieben, würde sich die Geldmenge M3 bei den aktuellen Wachstumszahlen von 8 % alle neun Jahre verdoppeln. Durch fortlaufende Auszahlung wird die Neurogeldmenge erst im Verlauf von 22 Jahren in den Umlauf kommen. Bei den aktuellen Wachstumszahlen wird die deutsche Eurogeldmenge in 22 Jahren einen Betrag von 9.008 Mrd. € erreichen. Nur am Anfang wird sich die inflationäre Wirkung der zusätzlichen Neurogeldmenge als Preisanstieg bemerkbar machen. Der Preisanstieg in den ersten Jahren wird im einstelligen Bereich bleiben, weil gleichzeitig eine Verdrängung des Euro erfolgen wird. Durch die verteilte Auszahlung der Geldmenge bleibt Zeit, neue Produktionskapazitäten aufzubauen und damit Preissteigerungstendenzen entgegenzuwirken. Durch die Verbesserung und Ausweitung der Produktion wird der Preisanstieg im weiteren Verlauf aufgehoben werden.

⁶⁴ Vgl. o.V., Deutscher Beitrag zur Geldmenge im Euro-Währungsgebiet in verschiedenen Abgrenzungen, Deutsche Bundesbank, <http://www.bundesbank.de/download/statistik/saisonbwirt/i406.pdf> vom 30.10.2006, S. 1 (6), Stand 11/2006.

5 Die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt

5.1 Die Angebots- und Nachfragekurve des heutigen Arbeitsmarktes

In der folgenden Abbildung 1 ist die Nachfragekurve nach Arbeit N^d und die Angebotskurve von Arbeit N^s dargestellt. Dabei steht N für die Arbeitsmenge, P für das Preisniveau, W für den Nominallohn und W/P ergibt den Reallohn. Die beiden dargestellten Graphen schneiden sich in drei Punkten. Der Punkt N_1 bzw. $(W/P)_1$ entspricht dem Gleichgewichtspunkt des Arbeitsmarktes und wird als Vollbeschäftigung definiert. Beim Punkt $(W/P)_2$ liegt ebenfalls ein stabiler Zustand vor, allerdings bleibt die Volkswirtschaft hier unter ihren Möglichkeiten, Waren herzustellen. Im Punkt $(W/P)_3$ ist der Arbeitsmarkt auch stabil. Ob ein Arbeitsmarkt in diesem Punkt gehalten werden sollte, ist eine Frage der Teilhabegerechtigkeit in einer Gesellschaft. An diesem Punkt produziert die Volkswirtschaft ein Maximum an Waren, aber aufgrund des geringen Lohnniveaus können viele nicht davon profitieren.

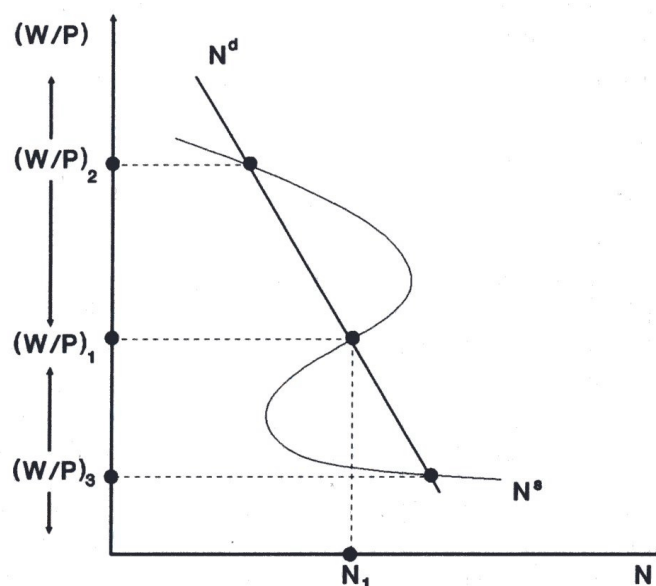


Abbildung 1: Arbeitsmarktkurve⁶⁵

⁶⁵ Vgl. Cezanne W., Allgemeine Volkswirtschaftslehre, 5. Auflage 2002, Oldenburg, S. 186.

Unterhalb von $(W/P)_2$ und oberhalb von $(W/P)_3$ wird ein unregulierter Arbeitsmarkt zur Vollbeschäftigung tendieren. Im verbleibenden Bereich oberhalb von $(W/P)_2$ und unterhalb von $(W/P)_3$ wird der Arbeitsmarkt als instabil bezeichnet, weil er nicht mehr selbst in der Lage ist, wieder einen stabilen Zustand zu erreichen. In dem einen Fall steigen die Löhne so lange, bis es zu einer Korrektur der Arbeitsnachfrage, z.B. durch Firmenschließungen, kommt, und im anderen Fall sinken die Löhne so lange, bis das Arbeitsangebot, z.B. durch Streik, eingeschränkt wird.⁶⁶

5.2 Die Probleme des regulierten Arbeitsmarktes

Dass es auf dem Arbeitsmarkt heute keine Vollbeschäftigung gibt, hängt damit zusammen, dass es viele Einschränkungen gegenüber einem unregulierten Arbeitsmarkt gibt. Die folgende Liste zählt beispielhaft einige dieser Hemmnisse auf:

- Gesetze, die sich gegen die Freiheit der Arbeitsverträge richten
- Sozialleistungen vermitteln falsche Anreize
- Tarifverträge, welche die Freiheit von Arbeitsverträgen beschränken
- Durchsetzung von Gleichbehandlung
- Verordnungen, welche die Niederlassungsfreiheit einschränken
- Einschränkung von Eigentumsrechten
- Zwingende Sozialversicherungen, die den Arbeitslohn mindern

Diese unvollständige Aufzählung stellt keine Wertung dar. Aus humaner Sicht sind einige der Beschränkungen nachvollziehbar,⁶⁷ aber die zu ihrer Einführung dargelegten Begründungen basierten auf fehlerhaften Annahmen.⁶⁸ Ein Beispiel dafür ist die Überlegung, dass niedrige Löhne durch Absprache der Unternehmer entstehen würden und nicht auf ein Überangebot von Arbeitskraft zurückzuführen sind. Es gibt inzwischen eine Vielzahl von verschiedenen Gesetzen, welche in die Vertragsfreiheit von Arbeitsverhältnissen eingreifen und sich mehr zum Nachteil als zum Vorteil einer arbeitssuchenden Person auswirken. Aufgrund von Komplexität und Umfang des Arbeitsrechts wird in dieser Arbeit nicht weiter darauf eingegangen.

⁶⁶ Vgl. Cezanne W., Allgemeine Volkswirtschaftslehre, 5. Auflage 2002, Oldenburg, S. 184 - 188.

⁶⁷ Vgl. Smith A., Reichtum der Nationen; Paderborn ohne Jahresangabe, S. 70.

⁶⁸ Vgl. Mises L. v., Nationalökonomie, Genf 1940, PDF- Version von www.mises.de 2005, S. 540 - 546.

Durch die auf dem Arbeitsmarkt bestehenden strukturellen Probleme kann eine Vollbeschäftigung nicht erreicht werden.

5.3 Die Globalisierung und der Arbeitsmarkt

Ein weiterer Grund für die Arbeitslosigkeit ist die Globalisierung. Damit ist nicht gemeint, dass die Globalisierung ein Problem ist. Das Problem besteht darin, dass die Globalisierung erst auf einem niedrigen Niveau liegt und nur langsame Fortschritte macht. Wird nur auf die geografische Ausdehnung geschaut, ist bereits die ganze Welt mehr oder weniger stark in die weltweite Arbeitsteilung eingebunden. Für den Arbeitsmarkt liegt das Problem in der zu langsamen Anpassung des Lohnniveaus. Das Ziel muss sein, die Löhne auf ein einheitliches Niveau zu bringen, damit ein Arbeiter mit der gleichen Arbeit weltweit den gleichen Lebensstandard finanzieren kann. Eine solche Angleichung löst den Widerspruch der Globalisierung zwischen Mikroökonomie und Makroökonomie auf. Wenn alle Menschen auf der Mikroebene nur Waren herstellen würden, welche sie selbst nicht in der Lage sind zu konsumieren, dann muss es auf der Makroebene zu einem Zusammenbruch kommen, entweder wirtschaftlich durch fehlende Absatzmärkte oder gesellschaftlich durch die ungleiche Verteilung des Wohlstandes. Da die Globalisierung für eine solche Lohnanpassung noch Jahrzehnte benötigen wird, ergibt sich die entscheidende Frage, ob nicht vorher durch die Automatisierung das Zeitalter der Erwerbsarbeit zu Ende geht. Würden die Automatisierungspotenziale in vollem Umfang genutzt, könnten bereits heute sehr viel mehr Menschen von der Erwerbsarbeit freigestellt werden.⁶⁹ Mit dem bedingungslosen Grundeinkommen wird das Lohnanpassungsproblem der Globalisierung überwunden⁷⁰ und jeder kann von den Vorteilen der Automatisierung profitieren.

⁶⁹ Vgl. Lotter W., Der Lohn der Angst, Teil V. Arbeitslosigkeit ist Erfolg, in: brand eins 07/2005, http://www.brandeins.de/home/inhalt_detail.asp?id=1763, o. S., Stand 11/2006.

⁷⁰ Siehe 5.5 für zusätzliche Informationen.

5.4 Der Arbeitsmarkt nach Einführung eines BGE

Gegenüber der bereits erläuterten Abbildung 1 weist die nun folgende Abbildung 2 eine wichtige Änderung auf. Diese Änderung im Verlauf der Angebotskurve für Arbeit von N^s auf N^{s^*} ergibt sich durch die Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens. Da das Grundeinkommen alle Kosten des täglichen Lebens deckt, besteht keine Notwendigkeit mehr, das Arbeitsangebot auszuweiten, unabhängig davon, wie weit der Reallohn unterhalb des Niveaus der Vollbeschäftigung absinkt. Ein Erreichen des Punktes $(W/P)_3$ wird somit vollständig ausgeschlossen.

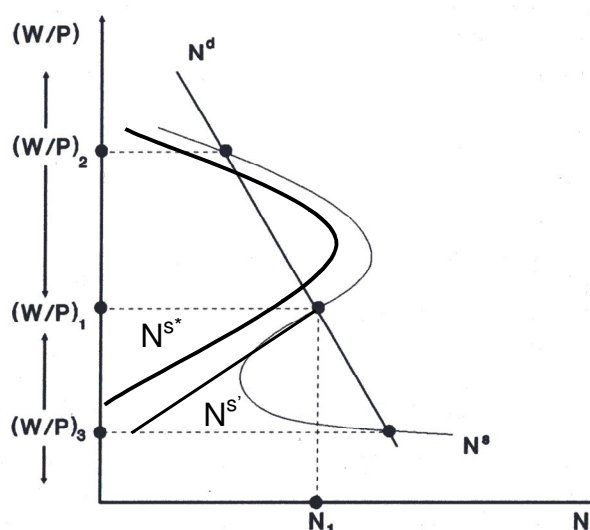


Abbildung 2: Arbeitsmarkt mit BGE⁷¹

Die Kurve N^{s^*} berücksichtigt die Einschränkung des Arbeitsangebots, die durch das BGE zu erwarten ist. Eine Person kann den gleichen Lebensstandard mit einem geringeren Arbeitsangebot finanzieren. Je größer das Realeinkommen ist, umso niedriger wird die Arbeitsverringerung durch das BGE ausfallen. Daher nimmt der Abstand zwischen N^s und N^{s^*} bei sinkendem Realeinkommen zu. Einen Anhaltspunkt, in welchem Umfang die Einschränkung des Arbeitsangebotes zu erwarten ist, gibt eine Untersuchung aus Amerika über ein BGE auf Basis einer negativen Einkommensteuer. In der Studie wurde ein Rückgang der angebotenen Arbeit um

⁷¹ Vgl. Cezanne W., Allgemeine Volkswirtschaftslehre, 5. Auflage 2002, Oldenburg, S. 186.

13 % beobachtet.⁷² Da das Arbeitsangebot von persönlichen Einstellungen und Bedürfnissen sowie dem Umfeld der Beschäftigung abhängt, kann nicht eingeschätzt werden, in welchem Umfang der Arbeitsrückgang bei diesem Modell ausfallen wird. Die geringere Besteuerung des Einkommens beim Modell der parallelen Währung gegenüber einem Modell der negativen Einkommensteuer kann zu einem geringeren Rückgang des Arbeitsangebotes beitragen. Aus der Angebotskurve für Arbeit kann abgelesen werden: Es wird umso weniger Arbeit angeboten, je höher das gezahlte BGE sein wird.

5.5 Die Veränderung des Lohnniveaus durch das BGE

Aufgrund der Einschränkung des Arbeitsangebotes und des verminderten Zwanges zur Erwerbsarbeit ist zu erwarten, dass die Löhne steigen werden. Der Grund dafür ist, dass eine unveränderte Zahl von Unternehmen einem verminderten Angebot von Arbeit gegenüberstehen wird. Gegenüber dieser allgemeinen Entwicklung gibt es aber auch Bereiche, bei denen die Löhne fallen können. Die Ursache für eine solche Entwicklung liegt in den unterschiedlichen Gründen, die zu einer Arbeitsaufnahme führen. Neben dem Geldeinkommen sind diese die Selbstverwirklichung bei der Verrichtung und Vollendung einer Arbeit, die Anerkennung der Gesellschaft und Erfüllung persönlicher Vorlieben wichtige Anreize.⁷³ Muss eine Tätigkeit nicht mehr den Lebensunterhalt sichern, kann diese deutlich günstiger angeboten werden. Mit dem BGE wird den Menschen auch die Möglichkeit eröffnet, in größerem Umfang soziale und ehrenamtliche Tätigkeiten wahrzunehmen.

5.6 Die Deregulierung des Arbeitsmarktes nach Einführung des BGE

Im Folgenden sollen die Änderungen, die sich durch das bedingungslose Grundeinkommen bei der Arbeitslosenversicherung und der Rentenversicherung erge-

⁷² Vgl. Hollister R., The Findings of the Experiments aus A Retrospective on the Negative Income Tax Experiments: Looking Back at the Most Innovative Field Studies in Social Policy, <http://www.usbig.net/papers/086-Levine-et-al-NIT-session.doc> von 06.2004, S. 5 - 7, Stand 09.2006.

⁷³ Vgl. Mises L. v., Nationalökonomie, Genf 1940, PDF- Version von www.mises.de 2005, S. 534 - 535.

ben, dargestellt werden. Auf die Gesetze und Verordnungen des Arbeitsrechts wird, wie bereits oben gesagt, nicht eingegangen. Dieses Thema würde eine eingehende Befassung mit den verschiedenen Teilen des Arbeitsrechts erfordern, um bewerten zu können, welche Gesetze im Ergebnis zu einer Benachteiligung der Personen führten, denen durch das jeweilige Gesetz ein Sonderstatus eingeräumt wurde, welche Gesetze sich widersprechen oder einfach nur wirkungslos sind und von welchen Regelungen die Beschäftigten wirklich profitieren. Da Änderungen bei der Kranken- und Pflegeversicherung nicht im Zusammenhang mit einem bedingungslosen Grundeinkommen stehen, wird darauf verzichtet, im Rahmen dieser Arbeit auch für diese ein neues Modell vorzustellen. Auf die Rolle der Gewerkschaften, Unternehmensverbände und der damit verbundenen Tarifverträge sowie der Betriebsräte wird nicht weiter eingegangen. Diese Institutionen können in gleicher Form erhalten bleiben. Es muss nur sichergestellt werden, dass keine Person aufgrund von Absprachen, welche von diesen Institutionen getroffen werden, eine Beschränkung in ihrem Wunsch, einer Arbeit nachzugehen, erfährt.

5.6.1 Die Arbeitslosenversicherung

Nach der Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens ist es nicht mehr nötig, die Arbeitslosenversicherung beizubehalten. Die Aufgabe der Arbeitslosenversicherung ist es, dem Arbeitnehmer bei einem Verlust der Arbeitsstelle eine vorübergehende finanzielle Sicherheit zu gewähren. Damit soll der betroffenen Person ermöglicht werden, eine neue Arbeitsstelle zu finden, ohne dass durch das fehlende Arbeitseinkommen umgehend erhebliche Einschränkungen im Lebenswandel vorgenommen werden müssen. Ohne eine solche Absicherung könnte eine daraus folgende Einschränkung Ursache dafür sein, dass eine neue Arbeit nicht aufgenommen werden kann. Heute wird z.B. viel Wert auf Mobilität gelegt, für welche in der Regel ein Auto benötigt wird. Muss aufgrund der verminderten Einkommenssituation das Auto aufgegeben werden, ist damit eine Einschränkung des Aktionsraumes verbunden. Damit vermindert sich zugleich der Raum, in welchem eine neue Arbeitsstelle gesucht werden kann. Diese Einschränkung kann auch in Großstädten mit öffentlichem Nahverkehr nicht vollständig kompensiert werden.

Der Nahverkehr ist nicht so flexibel wie das eigene Auto und es bestehen räumliche und zeitliche Einschränkungen in den erreichbaren Zielorten.

5.6.2 Die Rentenversicherung

Die Rentenversicherung kann nach der Einführung des BGE ebenfalls eingestellt werden. Das BGE wird kein vollständiger Ersatz für die Rentenversicherung sein, so wie sie einmal gedacht war. Das ursprüngliche Ziel der Rentenversicherung war es, jedem Versicherten im Alter einen Betrag zu zahlen, mit dem ihm die Fortführung des gleichen Lebensstandards nach Beendigung der Erwerbsarbeit ermöglicht werden sollte. Die heutige Rentenversicherung muss erst aufwendig umstrukturiert werden, um in der Zukunft nur noch eine Grundversorgung im Alter zu gewährleisten. Das BGE entspricht diesem Ziel bereits. Die Umstrukturierung ist sehr problematisch, da den Beschäftigten eine doppelte finanzielle Belastung auferlegt wird. Es müssen auf der einen Seite weiterhin die Renten der sich bereits im Ruhestand befindenden Menschen bezahlt werden, auf der anderen Seite müssen zusätzliche Rücklagen gebildet werden, um im eigenen Ruhestand keinen Verlust an Lebensqualität zu erleiden. Mit der Einführung der parallelen Währung im Rahmen dieses Modells können die Zahlungen der Renten auf die neue Währung übertragen werden. Im Gegenzug behalten die Beschäftigten die Beiträge der Rentenversicherung zur eigenen Altersvorsorge. Damit müssen die Kosten der Umstellung für die Rentenversicherung nicht von den Beschäftigten getragen werden, sondern sie werden genauso verteilt wie die Kosten des Grundeinkommens. Für die Bezieher der staatlichen Rentenversicherung bedeutet es, dass die Rente in Neuro ausgezahlt wird. Eine Wahl, ob die Rente in Euro oder Neuro gezahlt wird, kann nicht ermöglicht werden. Mit dem Verzicht der Beitragserhebung auf die Lohneinkommen stehen der Rentenversicherung keine Euro mehr zur Auszahlung zur Verfügung. Für die Rentner erhöht sich die Rente um den Betrag des BGE. Mit der zusätzlichen Nachfrage, welche so in die neue Währung gelenkt wird, kann die Akzeptanz des Neuro zusätzlich gestärkt werden.

5.6.3 Die Lohnnebenkosten

Mit der Einstellung der Sozialversicherungen gegen Arbeitslosigkeit und für eine Versorgung im Alter entfällt die Beitragspflicht nicht nur für den Beschäftigten, sondern auch für den Unternehmer. An dieser Stelle ist es wichtig, die Frage zu klären, wem die Gelder der Lohnnebenkosten zustehen. Diese Gelder dem Unternehmer zuzusprechen, bedeutet, den zwischen Angestellten und Unternehmer geschlossenen Arbeitsvertrag in einem erheblichen Umfang zum Nachteil des Beschäftigten zu ändern. Die politische Sichtweise, dass die Beiträge zu den Sozialversicherungen zwischen Unternehmer und Arbeiter paritätisch aufgeteilt werden, ist falsch. Es ist nicht wahr, dass eine Erhöhung der Lohnnebenkosten vom Unternehmer und vom Angestellten gemeinsam getragen wird. Alle Kosten, die mit der Beschäftigung verbunden sind, werden immer allein vom Angestellten getragen. Kurzfristig kann der Unternehmensgewinn beeinträchtigt werden, aber dieses kann im Rahmen der regelmäßigen Gehaltsanpassungen wieder ausgeglichen werden bzw. dadurch, dass Gehaltserhöhungen nicht bewilligt oder Zusatzleistungen gestrichen werden. Ist der Beschäftigte mit seinem Arbeitsergebnis nicht in der Lage, alle Kosten für seine Beschäftigung zuzüglich eines Gewinnes für das Unternehmen zu erwirtschaften, wird der Mitarbeiter entlassen oder er wird gar nicht erst eingestellt. Für alle Kosten, die sich mit der Beschäftigung ergeben, wird sich der Unternehmer gegenüber den angestellten Personen schadlos halten.⁷⁴ Es ist gleichgültig, um welche Kosten es sich handelt – Abgaben an die Sozialversicherung, Aufwendungen für die Umsetzung von Arbeitsschutzrichtlinien oder um die Gewährung des gesetzlichen Urlaubsanspruches. Stehen den Kosten keine ausreichenden Einnahmen gegenüber, um einen Gewinn zu ermöglichen, wird die Geschäftstätigkeit eingestellt oder gar nicht erst begonnen. Werden die Sozialversicherungsbeiträge einfach dem Unternehmer überlassen, bedeutet das eine Lohnkürzung der Beschäftigten um bis zu 13 %.⁷⁵

⁷⁴ Vgl. Mises L. v., Nationalökonomie, Genf 1940, PDF- Version von www.mises.de 2005, S. 563.

⁷⁵ Die Zahl ergibt sich aus der Summe der Beiträge, welche zusätzlich zum Brutto vom Unternehmer entrichtet werden müssen. Stand 2006 sind das 9,75 % für die Rentenversicherung und 3,25 % für die Arbeitslosenversicherung.

6 Die Veränderungen für den Kapitalmarkt

Für den Kapitalmarkt ist die Einführung eines BGE von geringer Bedeutung. Im folgenden Teil geht es daher nicht primär um das BGE, sondern um die Umlaufsicherungsgebühr des Neuro. Es wird untersucht, ob beide Währungen – Euro und Neuro – in einem Wirtschaftsraum gemeinsam umlaufen können. Auf dem Kapitalmarkt wird Geld verkauft. Der Preis, zu dem das geschieht, ist der Zins. Es wird erklärt, welche Auswirkungen die Umlaufsicherungsgebühr auf den Zins haben wird.

6.1 Die Eigenschaften von Euro und Neuro

Die Eigenschaften des Euro sind:

- Er ist anerkanntes gesetzliches Zahlungsmittel.
- Es entstehen (fast) keine Gebühren durch Geldhortung bzw. Geldhaltung.
- Er unterliegt einer gezielten Preissteigerung von ca. 2 % jährlich.
- Die Geldmenge ist veränderlich und wird von der EZB gesteuert.
- Eine Geldschöpfung durch Privatbanken ist möglich.
- Sparen ist ohne Einschränkung möglich.
- Es gibt Münzen und Scheine.

Der Neuro wird mit folgenden Eigenschaften ausgestattet:

- Er ist anerkanntes gesetzliches Zahlungsmittel.
- Eine Gebühr von 1/30 % wird täglich auf gehaltenes Geld fällig.
- Er unterliegt keiner gezielten Preissteigerung.
- Die Geldmenge verändert sich mit der Anzahl der BGE- Berechtigten.
- Eine Geldschöpfung durch Privatbanken ist nicht möglich.
- Sparen ist ohne Einschränkung möglich.
- Er ist nur als Buchgeld vorhanden.

6.2 Das Sparen von Neuro

Eine Frage ist, wie das Sparen in Neuro funktionieren soll, wenn jeden Tag ein Teil des Geldes wieder abgezogen wird. Um zu erklären, warum das Sparen in Neuro genauso möglich sein wird wie das Sparen in Euro, muss zwischen Geldhaltung und Sparen unterschieden werden. Beim Sparen wird die Verfügungsmacht über das Geld aufgegeben oder zumindest deutlich eingeschränkt. Es handelt sich bei einem Tagesgeldkonto nur um Geldhaltung, denn das Geld ist ohne besondere Einschränkung verfügbar. Sparen ist, wenn zum Beispiel Geld auf ein Sparbuch mit einer Kündigungsfrist von drei Monaten eingezahlt wird, denn die Verfügbarkeit ist deutlich eingeschränkt. Wenn ein Kind sein Geld in einer Spardose sammelt, dann spart es, wenn die Eltern den Schlüssel haben, und das Kind betreibt Geldhaltung, wenn es den Schlüssel hat. Anhand dieser Unterscheidung kann gezeigt werden, dass die Umlaufsicherungsgebühr das Sparen nicht behindern wird. Da die Verfügung über das Geld beim Sparen aufgegeben wird, wechselt dieses den Besitzer. Im Falle eines Sparbuches wird das Geld bei einem Kreditinstitut eingezahlt. Die Umlaufsicherungsgebühr wird aber nicht vom Eigentümer des Geldes, sondern vom Besitzer erhoben. Damit muss die Bank die Gebühr zahlen. In welchem Umfang weiterhin gespart wird, hängt davon ab, zu welchen Konditionen die Bank das Sparen ermöglicht. Es muss beachtet werden, dass nicht der Zins das Sparen bewirkt, sondern die Zeitpräferenz des Sparerers. Je größer der Hang zum sofortigen Konsum ist, umso weniger wird gespart. Eine fallende Zeitpräferenzrate sorgt für längerfristige Planungen und ist Voraussetzung für die Entwicklung hin zu einer zivilisierten Gesellschaft.⁷⁶ Der Zins zeigt das Wertverhältnis zwischen gegenwärtigen Gütern und zukünftigen Gütern.⁷⁷

6.3 Die Voraussetzungen zur Erhebung des Zinses

Für das Leihen von Geld muss ein Zins bezahlt werden. Dieser Preis setzt sich zusammen aus einer Risikoprämie, einer Liquiditätsprämie und aus dem Ausgleich der erwarteten Preisveränderung. Die Liquiditätsprämie ist der Teil des Zinses,

⁷⁶ Vgl. Hoppe H.-H., *Demokratie Der Gott, der keiner ist*, 2. Auflage 2004, Leipzig, S. 54 - 57.

⁷⁷ Vgl. Mises L. v., *Nationalökonomie*, Genf 1940, PDF- Version von www.mises.de 2005, S. 476.

welcher dafür sorgt, dass der Zins nicht beliebig fallen kann.⁷⁸ Am Anfang der Industrialisierung war es das Kapital, das die Steigerung der Produktivität und des Wohlstandes für viele Menschen bewirkt hat. Heute ist es das Kapital, das uns einschränkt. Die Ursache dafür liegt im fallenden Grenznutzen des Kapitals. Je mehr Investitionen in einem Wirtschaftsbereich vorgenommen werden, umso geringer ist der Profit je investierter Geldeinheit, der erwirtschaftet wird.⁷⁹ Ist der zu erwartende Profit einer Investition zu niedrig, um davon Zinsen in geforderter Höhe zu zahlen, so unterbleibt die Investition. Als Karl Marx den Handel auf dem Markt in Form von Geld – Ware – Geld´ untersuchte, konnte er keine Möglichkeit für einen Zinsgewinn entdecken, weil er davon ausging, dass Äquivalente ausgetauscht werden.⁸⁰ Dass Ware und Geld keine Äquivalente sind, hat erst Silvio Gesell ausgeführt. Er stellte fest, dass der Realzins, welcher der Liquiditätsprämie entspricht, über mehrere Jahrhunderte der Geldwirtschaft mit etwa 3 % - 5 % relativ stabil geblieben ist. Durch die Geldschöpfung kann die Geldmenge vergrößert werden, aber auf den Zinsfuß hat es nur einen geringen Einfluss. Der Umstand, dass unser Geld einen Zinsfuß besitzt, hat folgenden Gründe:

- Geld ist unbedingte Voraussetzung für eine entwickelte Arbeitsteilung.
- Geld kann ohne bedeutende Kosten vom Markt ferngehalten werden.
- Geld wird als Tauschvermittler zwischen den Waren benötigt.
- Waren verlieren durch Zeitablauf an Wert und verursachen Kosten.

Durch diese Eigenschaften des Geldes kann der Kaufmann eine Vergütung für die Vermittlung des Warentausches erzwingen.⁸¹

6.4 Die Erhebung des Zinses

Die Ware wird auf dem Markt angeboten und muss verkauft werden. Sie verursacht Kosten für Lagerung und verliert stetig an Wert. Kommt der Verkauf verspätet oder gar nicht zustande, wird der Produzent seine Investition zum Teil oder ganz verlie-

⁷⁸ Vgl. Keynes J. M., Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, 9. Auflage, Berlin 2002, S. 195.

⁷⁹ Vgl. Keynes J. M., Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, 9. Auflage, Berlin 2002, S. 114 - 116.

⁸⁰ Vgl. Marx K., Das Kapital Kritik der politischen Ökonomie Erster Band, Berlin 1969, S. 177 - 178.

⁸¹ Vgl. Gesell S., Gesammelte Werke Band 11, 4., letztmalig vom Autor überarbeitet Auflage, Neuauflage 2004, S. 373 - 376, S. 326 - 327.

ren. Das heutige Geld ist von dem Angebotszwang, welchem die Waren unterliegen, befreit. Es erleidet nahezu keinen Verlust und verursacht fast keine Kosten in der Aufbewahrung. Das Geld gibt seinem Besitzer die Möglichkeit, für die Tauschvermittlung eine Gebühr zu erheben. Wird die Zinsforderung des Geldbesitzers nicht erfüllt, so kann er warten. Solange er wartet, erhält er keinen Zins, aber er verliert auch nichts. Diese Möglichkeit verschafft ihm den Vorteil, den Zins zu erzwingen.⁸² Die Umlaufsicherungsgebühr soll die Erzwingung des Zinses unterbinden. Sie sorgt dafür, dass der Geldbesitzer nicht mehr ohne Verlust warten kann. Der Neuro wird seinen Besitzer ebenso zum Markt drängen, wie die Ware den Verkäufer zum Markt drängt. Am Geld und an der Ware wird dann der Zahn der Zeit nagen. Der Neuro wird den Tausch zu niedrigeren Gebühren vollziehen als der Euro. Durch diese Eigenschaft wird der Neuro das bessere Zahlungsmittel sein.

6.5 Die Zukunft des Euro

Der Euro übernimmt als Währung drei Aufgaben. Neben der Nutzung als Zahlungsmittel wird er auch als Recheneinheit und zur Wertaufbewahrung verwendet. Wenn der Euro seine Funktion als Zahlungsmittel in Deutschland verliert, dann wird er die Funktion als Recheneinheit sicher auch verlieren. Das wird umso eher der Fall sein, sobald sich zwischen Neuro und Euro auf dem Markt ein Wechselkurs bildet, der vom anfänglichen 1:1- Umrechnungskurs abweicht. Mit der Währung, in der die Waren ausgezeichnet sind und bezahlt werden, wird auch gerechnet werden. Es muss noch geprüft werden, ob der Euro zur Wertaufbewahrung weiterhin Verwendung finden kann. Dafür muss der Euro allgemein verfügbar sein. Der Staat zahlt das Grundeinkommen und andere Ansprüche nur in Neuro aus. Durch die Konsumpräferenz des Neuro werden die Unternehmen vermehrt Neuro einnehmen. Damit werden auch die Löhne in immer größerem Umfang in Neuro gezahlt werden. Die Konsumpräferenz des Neuro sorgt durch diese Entwicklung dafür, dass der Euro an Präsenz verliert. Durch den geringen Anteil des Euro an der umlaufenden Geldmenge wird seine Verfügbarkeit so weit sinken, dass er als Wertaufbewahrungsmittel nicht in ausreichender Form zur Verfügung steht. Die

⁸² Vgl. Gesell S., Gesammelte Werke Band 11, 4., letztmalig vom Autor überarbeitete Auflage, Neuauflage 2004, S. 178 - 183

Personen, welche noch Euro halten, werden diese selbst zum Sparen verwenden, soweit dafür der Euro überhaupt als attraktiver empfunden wird als der Neuro. Der Euro wird seine Gültigkeit behalten und in Deutschland und den anderen Ländern der Währungsunion verwendet werden können. In dem Raum, in dem Euro und Neuro umlaufen werden, wird der Euro nicht das vorrangige Zahlungsmittel bleiben. Die Eigenschaft, Zins fordern zu können, wird den Euro als Zahlungsmittel verschwinden lassen, wobei diese Entwicklung nicht zwingend ist. Ein Warenmonopol ermöglicht keine zusätzlichen Gewinne, wenn eine andere Ware als Surrogat vorhanden ist und damit eine Konkurrenz besteht. Mit dem Neuro entsteht dem Euro eine Konkurrenz, die das Währungsmonopol aufbrechen kann und auf die Senkung der Transaktionskosten hinwirken soll. Die anderen bestehenden Währungen sind keine Konkurrenz, da diese die Transaktionskosten nicht senken. Die regionalen Währungen, wie z.B. der Chiemgauer,⁸³ sind aufgrund der regionalen Gültigkeit und ihrer begrenzten Verbreitung keine Konkurrenz für den Euro. Nur wenn zugelassen wird, dass die Transaktionskosten auch bei der Verwendung von Euro sinken, wird er nach der Einführung des Neuro als Zahlungsmittel bestehen können.

6.6 Die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes

Die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes bestimmt, wie groß die Geldmenge in einer Volkswirtschaft sein muss, um alle Transaktionen bewirken zu können. Je höher die Umlaufgeschwindigkeit, umso niedriger ist die benötigte Geldmenge. Im Gegenzug muss die Geldmenge vergrößert werden, wenn die Umlaufgeschwindigkeit abnimmt. Die EZB geht von einem jährlichen Rückgang der Umlaufgeschwindigkeit von 0,5 % bis 1 % aus.⁸⁴ Dieser Rückgang muss ausgeglichen werden, wenn es nicht zu einer Krise in der Volkswirtschaft kommen soll. Die Verminderung der Umlaufgeschwindigkeit hat den gleichen Effekt wie eine Verringerung der Geldmenge. Es würde in der Volkswirtschaft zu einer Deflation kommen. Ein Ausgleichen der fallenden Umlaufgeschwindigkeit bedeutet ein ständiges Ansteigen der

⁸³ Vgl. o.V., Der Chiemgauer - ein eurogedeckter Regio, <http://www.regiogeld.de/545.0.html>, o. S., Stand 11/2006.

⁸⁴ Vgl. Duisenberg W. F., Die einheitliche europäische Geldpolitik, http://www.ecb.int/press/key/date/1999/html/sp990209_1.en.html von 09.02.1999, o. S., Stand 11/2006.

Geldmenge. Der kontinuierliche Rückgang der Umlaufgeschwindigkeit ist eine automatische Entwicklung, die sich aus der Erhebung des Zinses ableitet. Dass der Zins zu einer solchen Entwicklung führt, ist nicht allein auf seine Erhebung zurückzuführen. Der Effekt kann erst dann eintreten, wenn das Vermögen uneinheitlich in der Volkswirtschaft verteilt ist. Eine so gleichmäßige Verteilung des Vermögens, um diesen Zinseffekt aufzuheben, ist nicht möglich. Es genügt, dass sich eine Person in der Volkswirtschaft entschließt, einen Teil ihres Einkommens zu sparen. Wird diese Ersparnis gegen Zins verliehen, beginnt die Umverteilung vom Nichtsparer zum Sparer. Das Problem wird verstärkt, wenn der Sparer auch die Zinseinnahmen zu sparen beginnt. Es kommt zum Zinseszinsseffekt und zu einer immer schnelleren Ansammlung von Vermögen auf der Seite des Sparers. Der Rückgang der Umlaufgeschwindigkeit findet seinen Ursprung im Vermögen des Sparers. Je höher die Zinseinkünfte des Sparers sind, umso länger wird er brauchen, bis diese wieder investiert sind. Erst nach Investition oder Ausgabe der Zinseinnahmen befinden sich diese wieder im Geldkreislauf. Beim Neuro wird mit der Umlaufsicherungsgebühr verhindert, dass es zu dauerhaften Stockungen im Geldumlauf kommt. Es wird ein Teil vom gehorteten Geldvermögen abgezogen und mittels BGE gleichmäßig an alle Menschen verteilt.

6.7 Veränderung der Umlaufgeschwindigkeit durch den Neuro

Im Rahmen der Berechnungen der Obergrenze des BGE und der zusätzlichen Nachfrage, welche durch das BGE ermöglicht wird, wurde nicht berücksichtigt, wie sich die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes durch den Neuro entwickeln wird. Der Grund dafür ist, dass nicht abgeschätzt werden kann, in welchem Umfang sich dieser Faktor ändern wird. Es ist sicher, dass die Umlaufsicherungsgebühr für eine Steigerung des Geldumlaufs sorgen wird. Da die tägliche Gebühr $1/30\%$ beträgt, wird der Effekt für Personen mit geringer Geldhaltung kaum von Bedeutung sein. Für eine Person mit einem durchschnittlichen Kontoguthaben von 500 N€ beträgt die Gebühr im Monat 5 N€. Das sind tägliche Kosten von 0,17 N€. Am wahrscheinlichsten ist es, dass die Miete direkt nach Eingang des monatlichen Gehalts, soweit es in Neuro gezahlt wird, beglichen wird und regelmäßige Zahlungen stärker mit dem Gehaltstermin synchronisiert werden. Mit dem wöchentlichen BGE wird der

Einkauf des täglichen Bedarfs vorgenommen. Daher ist es umso wichtiger, dass die Zahlung des BGE möglichst einheitlich auf die Wochentage verteilt wird, damit die Geschäfte über die Woche gleichmäßig ausgelastet sind. Sollte der Sonntag bis zur Einführung des BGE nicht generell zum Einkaufen verwendet werden können, sollte dieser vorläufig für die Auszahlung des BGE ausgeschlossen werden.

6.8 Die Realzinsfalle

Dass die EZB sich eine Preissteigerung von 2 % pro Jahr als Ziel gesetzt hat, soll verhindern, dass es zu einer Realzinsfalle bzw. Liquiditätsfalle kommt. Zu diesem Problem bei der Steuerung der Geldmenge kann es kommen, wenn die Zentralbank eine Preissteigerung von 0 % anstrebt. Ausgelöst wird das Problem durch ein Fallen der Preise. Im Normalfall würde die Zentralbank ihre Zinsen senken, um die Geldmenge zu vergrößern, die Nachfrage zu stärken und so einen weiteren Preisverfall zu verhindern. Hatte die Zentralbank vor der Krise bereits einen sehr niedrigen Zins vorgegeben, ist es möglich, dass der Spielraum, welcher bis zur Untergrenze von 0 % verbleibt, nicht genügt, um die Nachfrage so weit zu vergrößern, dass der Preisverfall gestoppt wird. Senkt die Zentralbank ihre Zinsvorgabe auf null, dann hat sie keine Möglichkeit mehr, die Geldmenge zu vergrößern und die Nachfrage zu stärken. Sie verliert damit ein wichtiges Instrument zur Steuerung der Geldmenge. Für die Steuerung ist nicht der Zinssatz der Zentralbank, sondern der Realzins relevant. Der Realzins, der hier gemeint ist, ergibt sich aus dem Zins der Zentralbank zuzüglich der erwarteten Preissteigerung. Es kommt erst zu dem Problem, wenn die erwartete Preissteigerung 0 % beträgt und der Zentralbankzins auf 0 % festgesetzt wird. Da die EZB die zu erwartende Preissteigerung mit 2 % vorgibt, sorgt sie dafür, dass die Bedingungen für das Entstehen einer Liquiditätsfalle vermieden werden. Die Zentralbank von Japan hatte eine 0 %- Preissteigerungsstrategie verfolgt und konnte sich lange Zeit nicht aus der Liquiditätsfalle befreien.⁸⁵ Könnte die EZB einen negativen Zins vorgeben, wäre es nicht notwendig, die Preissteigerung bei 2 % zu halten. Die Preise könnten sich ohne Manipulation der Geldmenge in korrekter Weise entwickeln. Da bei der Konstruktion des Euro auf

⁸⁵ Vgl. Görgens E., Ruckriegel K., Seitz F., Europäische Geldpolitik, 4., völlig neu bearbeitete Auflage, Stuttgart 2004, S. 284 - 287.

entsprechende Möglichkeiten verzichtet wurde, muss eine Strategie der steigenden Preise verfolgt werden. Beim Neuro ist die Erhebung eines negativen Zinses enthalten. Die Umlaufsicherungsgebühr ist nichts anderes als die Erhebung eines negativen Zinses. Damit kann die Nachfrage besser stimuliert werden als mit niedrigen Zinsen.

6.9 Der Unterschied zwischen Zentralbankzins und Zinsfuß

Es sei angemerkt, dass die zuvor gemachte Erklärung, dass der Zinsfuß bisher nicht unter 3 % gefallen ist, nicht durch das Problem der Realzinsfalle entkräftet wird. Der Zins der Zentralbank gilt nur für Geschäftsbanken. Ein Zentralbankzins von 0 % wird von den Geschäftsbanken nicht an die Konsumenten weitergegeben. Es ist möglich, dass in Japan vorübergehend Geschäftsbankkunden ein Darlehen mit einem Zinssatz von unter 3 % erhalten konnten. Um das festzustellen, müsste die Kreditvergabe der japanischen Geschäftsbanken geprüft werden. Darauf wird im Rahmen der Arbeit verzichtet, da selbst dann, wenn ein solcher Fall gefunden wird, dieser nicht automatisch auf eine normal funktionierende Volkswirtschaft angewendet werden kann. Da es während der Krise zu fallenden Preisen gekommen ist, kann auch bei einem Zinssatz von z.B. 2 % immer noch ein Realzins von 3 % und mehr bestanden haben. An dieser Stelle soll auch darauf hingewiesen werden, dass Konsumentenkredite mit einem effektiven Zinssatz von 0 %, wie diese auch in Deutschland vorkommen, kein Gegenargument zum Zinsfuß sind. Diese Kredite gibt es z.B. beim Autokauf. Sie haben eine andere Kalkulationsbasis, um auf den Betrag des Zinsfußes zu kommen. Beim Barkauf eines Autos ist es möglich, einen Nachlass zu erhalten. Wird das Fahrzeug über eine Finanzierung gekauft, können nur geringe bis keine Nachlässe erzielt werden. Durch den Wegfall eines Nachlasses und den zusätzlichen Umsatz, der ohne eine solche Finanzierung eventuell nicht zustande gekommen wäre, erreicht der Kredit seine Rendite, die dem Zinsfuß entspricht.

7 Die Auswirkung auf die Gesellschaft

In diesem Teil wechselt der Fokus von den vorwiegend technischen Elementen des Systems zu den Auswirkungen auf die Gesellschaft und die Individuen. Es soll untersucht werden, für welche Probleme in zwischenmenschlichen Beziehungen auf Geld als Verstärker oder Ursache infrage kommt, und es soll geprüft werden, ob die strukturellen Änderungen des Neuro lindernd wirken können.

7.1 Die Zahlungsmoral

Deutsche Unternehmen erhalten ihr Geld im Durchschnitt nach 30 Tagen von inländischen Geschäftspartnern.⁸⁶ Wird eine Rechnung umgehend oder fristgerecht beglichen, entspricht das einer guten Zahlungsmoral. Erfolgt die Zahlung einer Rechnung erst nach einer Zahlungserinnerung oder einer ersten Mahnung, liegt eine schlechte Zahlungsmoral vor. Eine schlechte Zahlungsmoral bedeutet nicht automatisch, dass der Schuldner seine Rechnung nicht bezahlen will. Viele Menschen oder Unternehmer haben nicht die Reserven, um sich eine gute Zahlungsmoral leisten zu können. Stehen liquide Mittel zur Zahlung eingehender Rechnungen erst zur Verfügung, wenn die eigenen Rechnungen beglichen wurden, kommt es zu einer kontinuierlichen Verschlechterung der Zahlungsmoral. Das hat erhebliche Auswirkungen auf das wirtschaftliche Umfeld. Ein Insolvenzgrund von Unternehmen ist, dass Außenstände nicht beglichen wurden. Durch die verspätete Zahlung von Rechnungen können auch wirtschaftlich gesunde Unternehmen zahlungsunfähig werden. Die Zahlungsmoral zu verbessern, ohne die Rahmenbedingungen zu ändern, ist kaum möglich. Mit der Einführung der Umlaufsicherungsgebühr beim Neuro ändern sich die Rahmenbedingungen. Es wird nicht mehr möglich sein, durch spätere Zahlung von Rechnungen einen Zinsgewinn zu erhalten. Die Kosten aus der Umlaufsicherungsgebühr werden einen möglichen Zinsgewinn aufzehren und wahrscheinlich darüber hinaus für einen Verlust sorgen. Unter diesen geänderten Bedingungen ist es nicht mehr von Vorteil, mit der Zahlung so

⁸⁶ Vgl. o.V., Atradius Zahlungsmoralbarometer, Sommer 2006, <http://www.atradius.com/de/downloads/zahlungsmoralbarometer.jsp>, S. 17, Stand 11/2006.

lange wie möglich zu warten. Für die Personen, welche ihre Schulden bisher absichtlich verspätet zahlen und damit einen Kreislauf der schlechten Zahlungsmoral beginnen, wird es sich nun lohnen, Rechnungen so früh wie möglich zu begleichen.⁸⁷ Damit wird die Arbeit für die Buchhaltung und das Mahnwesen, welche die Außenstände verwalten und eintreiben müssen, verringert und ein zusätzliches Potenzial für sinkende Preise geschaffen.

7.2 Das Konsumverhalten der Verbraucher

Eine wichtige Rolle im Wirtschaftssystem hat der Verbraucher. Er entscheidet, wie viele Unternehmen in Deutschland Waren herstellen und Dienstleistung anbieten können. Durch die Entscheidung des Verbrauchers, wie viel Geld er ausgibt, bestimmt er, wie viel Geld er in Zukunft zur Verfügung hat. Das Geld ist immer knapp. Die monatlichen Einkünfte reichen oft nur, um die laufenden Ausgaben zu decken. Das Geld wird festgehalten und vor jeder Ausgabe geprüft, ob diese notwendig ist. Beim Wareneinkauf wird nach dem niedrigsten Preis geschaut und damit die eigene Arbeitsstelle infrage gestellt. Der Verbraucher handelt aus seiner Perspektive nachvollziehbar und wird als Angestellter mit den Konsequenzen seines Handelns konfrontiert. Ist der Verbraucher nicht bereit, für Leistung einen angemessenen Preis zu zahlen, muss er damit rechnen, dass auch seine Arbeitsleistung nicht mehr bezahlt werden kann. Dieser Kreislauf von anfänglich freiwilligem Konsumverzicht führt dazu, dass der Verzicht zwingend wird. Mit der wachsenden Unsicherheit wird der Konsum weiter eingeschränkt. Das kann schließlich der Auslöser dafür sein, dass es zum befürchteten Arbeitsplatzverlust kommt. Durch das pessimistisch eingestellte Verhalten kommt es zu dem Effekt der sich selbst erfüllenden Prophezeiung. Hier schafft das BGE Abhilfe. Das BGE lässt in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld Raum für Optimismus. Die Sicherheit steht jedem ohne Einschränkung zur Verfügung und muss nicht mit Konsumverzicht erkaufte werden. Ein wirtschaftlicher Rückgang, z.B. aufgrund einer Naturkatastrophe wie Hochwasser, wird vermieden oder schneller überwunden. Das BGE wird zum sozialen Fundament der Gesellschaft, auf dem eine weitere Entwicklung für jeden möglich ist.

⁸⁷ Vgl. Gesell S., Gesammelte Werke Band 11, 4., letztmalig vom Autor überarbeitete Auflage, Neuauflage 2004, S. 257 - 258.

7.3 Die Veränderung der Beziehung zum Geld

Mit dem Verlust des besonderen Status des Geldes ist zu erwarten, dass sich die Beziehung zum Geld ändert. Sich von seinem Nachbarn oder einem Verwandten ein Werkzeug zu leihen, ist kein Problem. Geht es darum, sich Geld zu borgen, dann ist es mit dieser Leichtigkeit vorbei. Im Volksmund wird dieses Verhaltensmuster deutlich – „Beim Geld hört die Freundschaft auf“. Neben der Angst vor dem Verlust des Geldes ist diese Einstellung zum Teil darauf zurückzuführen, dass mit dem Leihen von Geld auch ein Zins erwartet wird. Wird einem Freund ein Werkzeug geliehen, soll es nur im gleichen Zustand zurückgegeben werden. Eine Gegenleistung wird für diese Hilfe nicht erwartet. Die Prämie, welche für das Verleihen des Geldes erwartet wird, hat eigentlich keine Grundlage, abgesehen von der bereits erklärten Ursache, welche in der Beschaffenheit des Geldes selbst liegt. An einen Freund eine Forderung ohne Grundlage zu erheben, wird nicht unbedingt ein schlechtes Gewissen, doch zumindest ein ungutes Gefühl hinterlassen. Die Folge davon ist, dass ein ganzer Geschäftszweig, das Kreditwesen, Gewinne mit dem Verleihen von Geld erwirtschaften kann. Über eine Bank kann das Geld anonym verliehen werden, ohne demjenigen gegenüberzutreten zu müssen, welcher den Zins zahlen muss. Der Neuro wird die Prämie, die auf der Besonderheit des Geldes beruht, senken. Ist diese Prämie vollständig abgebaut, dann wird Geld in Zukunft an andere Menschen ausgeliehen werden, ohne mehr zurückzuerwarten, als gegeben wurde.⁸⁸

7.4 Die Zuwanderung nach Einführung eines BGE

Mit der Einführung des Grundeinkommens muss auch festgelegt werden, welchem Personenkreis es zur Verfügung steht. Das BGE erhält jeder deutsche Staatsbürger ohne Einschränkung. Es gibt aktuell Regelungen, nach denen Menschen, welche in Deutschland leben und keine deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, eine Unterstützungsleistung erhalten können. Mit der Einstellung aller sozialen Leistungen nach der Einführung des BGE muss auch für diese Menschen eine Alternative

⁸⁸ Vgl. Gesell S., Gesammelte Werke Band 11, 4., letztmalig vom Autor überarbeitete Auflage, Neuauflage 2004, S. 267 - 269.

geschaffen werden. Für Menschen, die ohne deutsche Staatsbürgerschaft in Deutschland leben, werden die Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und der Arbeitsaufnahme aufgehoben. In Zukunft werden die Menschen, die mit der Absicht nach Deutschland kommen, hier mindestens ein Jahr zu leben, eine Person mit deutscher Staatsbürgerschaft benötigen, die sie einlädt und die Patenschaft übernimmt. Durch diese Patenschaft soll die Integration der zugewanderten Person in die deutsche Gesellschaft unterstützt werden. Ein Staatsbürger kann immer nur für eine Person eine Patenschaft übernehmen, darf nicht strafrechtlich – außer zu einer Bewährungsstrafe – verurteilt worden sein und er ist verpflichtet, für den Lebensunterhalt der zugewanderten Person zu sorgen. Der Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft ist jedem nach einer Anwartschaft von fünf Jahren möglich. Der Zuwanderer darf, genauso wie der Pate, nicht straffällig geworden sein, ausgenommen Bewährungsstrafen. Er muss nach der Anwartschaft die deutsche Sprache in Wort und Schrift solide beherrschen. Um die Einbürgerung zu unterstützen, kann der Zuwanderer ab der Beantragung der deutschen Staatsbürgerschaft ein gestaffeltes BGE erhalten. Mit jedem Jahr der Anwartschaft wird das BGE um 1/5 erhöht. Ab dem ersten Monat erhält er 20 % und im letzten Jahr der Anwartschaft erhält er den vollen Betrag des BGE. Die deutsche Staatsbürgerschaft wird in Zukunft nicht mehr als ausschließliche vergeben. Der Zuwanderer soll seine anderen Staatsbürgerschaften behalten können.

Ein geplanter Aufenthalt von weniger als einem Jahr innerhalb von fünf Jahren ist ohne besondere Genehmigung möglich. Der Pate ist für die Person, für die er die Patenschaft übernimmt, auch rechtlich verantwortlich. Begeht die betreute Person eine Straftat, dann erwartet den Paten die gleiche Strafe, wenn er die Straftat nicht selber angezeigt hat. Ein Wechsel des Paten kann jederzeit erfolgen ohne Angabe von Gründen. Im Falle, dass die zugewanderte Person durch den Paten ausgenutzt wird, kann die zugewanderte Person den Paten anzeigen. Der zugewanderten Person entsteht daraus kein Schaden. Die Anwartschaft läuft ohne Unterbrechung weiter. Der Anwärter kann sich dann einen neuen Paten suchen oder die übrige Zeit seiner Anwartschaft ohne einen Paten bleiben. Der Staat zahlt keine zusätzlichen Leistungen.

7.5 Die Bildung von Wohlstand

Eine ökonomische Kennzahl des Wohlstandes einer Volkswirtschaft ist der Wert der vorhandenen Realkapitalien. Der Ökonom John Maynard Keynes hat in seiner Untersuchung ökonomischer Zusammenhänge zum Wohlstand Folgendes ausgeführt:

„Daß[!] die Welt nach verschiedenen Jahrtausenden beständigen Sparens der Einzelnen so arm an angehäuften Kapitalwerten ist, ist ... weder durch die unvorsorgliche Neigung der Menschheit, sogar nicht einmal durch die Zerstörungen von Kriegen, sondern durch die hohen Liquiditätsprämien zu erklären, die früher dem Besitz von Land anhafteten und die jetzt an dem Besitz von Geld hängen.“⁸⁹

Mit der Schaffung des Gegengewichtes zur Liquiditätsprämie wird es neue Investitionen in Realkapitalien geben. Je stärker der Zins sich abschwächt, umso breiter wird das Spektrum möglicher Investitionen. Mit der Verteilung von Kapital über das BGE an die gesamte Bevölkerung wird jeder in direkter oder indirekter Weise davon profitieren. Eine Form der Zinserhebung, durch welche viele Menschen belastet werden, ist die Wohnungsmiete. Diesem Hindernis zur Erlangung von Wohlstand wird mit dem BGE in mehrfacher Hinsicht ein Gegengewicht geschaffen. Mehr Menschen werden in Zukunft die Möglichkeit haben, Wohneigentum zu erwerben. Mit den sicheren Einkünften aus dem BGE werden Freiräume geschaffen, einen Wohnungskauf zu finanzieren. Die sinkenden Zinsen tragen zur Verringerung der Finanzierungskosten bei. Personen, welche sich gegen die Anschaffung einer eigenen Wohnung entscheiden, werden von niedrigeren Kaltmieten profitieren. Mit dem Fallen der Kapitalkosten werden auch Waren günstiger angeboten. Damit erfolgt eine weitere Entlastung des Verbrauchers. Die Kapitalwerte der Volkswirtschaft können wieder wachsen, weil der Grenznutzen des Kapitals weiter sinken kann, als es aufgrund der Liquiditätsprämie bisher möglich war. Gleichzeitig werden alle vom wachsenden Wohlstand profitieren, da der Kapitalzuwachs auf alle verteilt wird.

⁸⁹ Vgl. Keynes J. M., Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, 9. Auflage, Berlin 2002, S. 202.

7.6 Das Konzept der sozialen Marktwirtschaft

Die bevorzugte Form der kapitalistischen Ordnung war in Deutschland bisher das Modell der sozialen Marktwirtschaft. In der sozialen Marktwirtschaft sorgt der Staat dafür, dass die gesellschaftliche Wohlfahrt maximiert wird. Die Wirtschaft wird durch Gesetze so gesteuert, dass gesellschaftlichen Grundzielen wie Freiheit und Wohlstand Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen eingeräumt wird.⁹⁰ Mit dem Glauben, dass der Wirtschaft in einer globalisierten Weltwirtschaft keine Regeln mehr gesetzt werden können, werden die Grundziele der Gesellschaft aufgegeben. Aufgrund der Konkurrenz der Unternehmen untereinander können sich diese nicht an freiwillige Vereinbarungen halten. Ein Unternehmen kann sich nur an die Regeln halten, an die sich alle halten müssen, sonst verliert es an Wettbewerbsfähigkeit. Eine soziale Marktwirtschaft kann nur dann funktionieren, wenn die Rahmenbedingungen durch die Gesellschaft definiert und Verstöße geahndet werden. Dass der Staat mit Gesetzen diese Rahmenbedingungen definiert und durchsetzt, ist nur die zweitbeste Lösung. Bei Gesetzen besteht immer das Problem, dass es zu lange dauert, bis sie wirksam werden, und sie für eine dynamische Welt zu statisch sind. Die beste Lösung ist es, dem Verbraucher das Handeln der Unternehmen transparent zu machen und ihn durch seinen Konsum entscheiden zu lassen, ob sich ein Unternehmen gesellschaftlich richtig verhält. Das BGE sorgt dafür, dass keine Person aus diesem gesellschaftlichen Entwicklungsprozess ausgeschlossen wird. Mit der Umlaufsicherungsgebühr werden die Ziele zur Maximierung der gesellschaftlichen Wohlfahrt unterstützt. John Maynard Keynes hat dazu Folgendes geäußert:

„Wenn ich recht habe in meiner Annahme, daß[!] es verhältnismäßig leicht sein sollte, Kapitalgüter so reichlich zu machen, daß[!] die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals Null ist, mag dies der vernünftigste Weg sein, um allmählich die verschiedenen anstößigen Formen des Kapitalismus los zu werden.“⁹¹

⁹⁰ Vgl. Cezanne W., Allgemeine Volkswirtschaftslehre, 5. Auflage 2002, Oldenburg, S. 75.

⁹¹ Vgl. Keynes J. M., Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, 9. Auflage, Berlin 2002, S. 185.

8 Fazit und Resümee

Es wurde ein Modell vorgestellt, welches eine Grundversorgung für jeden ermöglichen kann. Die Belastung für das einzelne Individuum wird so gering wie möglich gehalten. Ein System, das im Zeitalter des elektronischen Zahlungsverkehrs ohne viel Aufwand eingeführt werden kann. Die Menschen können ihre Lebensplanung zukünftig auf der Basis eines sicheren sozialen Fundaments vornehmen und müssen nicht mehr befürchten, dass weitere Leinen des sozialen Netzes gekappt werden, durch das sie dann hindurchfallen. Durch die Eigenschaften der neuen Währung werden die Probleme der ungleichen Vermögensverteilung, basierend auf der Aneignung natürlicher Ressourcen und den Eigenschaften unseres heutigen Geldes, fast automatisch korrigiert werden. Dass die Korrektur von Fehlern der Vergangenheit auf diese einfache Weise, ohne Kriege und Enteignungen, möglich sein soll, klingt zu unglaublich, um wirklich zu funktionieren. Doch genauso wie kleine Ursachen eine große Wirkung haben können, bedarf es nur einer minimalen Korrektur des Geldwesens, um einer einseitigen Ansammlung von Geld entgegenzuwirken. Es wird ein beschwerlicher Weg sein, diese Idee den Menschen zu erklären und ihnen die Angst vor den damit verbundenen Änderungen zu nehmen. Das wichtigste ist es, den Menschen wieder eine glaubwürdige Hoffnung auf eine positive Zukunft zu geben, denn die Wohlstandsgesellschaft aus dem 20. Jahrhundert steht zu Anfang des 21. Jahrhunderts vor einem Scheideweg. Der Wechsel von der Selbstversorgung in die arbeitsteilige Gesellschaft war mit einem Verlust der Selbstbestimmung des Einzelnen verbunden. Solange jeder mit dem Verkauf seiner Arbeitskraft am wachsenden Wohlstand teilhaben konnte, stellte der Verlust der Selbstständigkeit kein Problem dar. Durch Spezialisierung und technischen Fortschritt wurde der gesellschaftliche Wohlstand ständig vergrößert. Der gesellschaftliche Umbruch, welcher im 19. Jahrhundert durch die Technisierung der Landwirtschaft notwendig wurde, ist bei der Warenproduktion noch im Gange. Im Unterschied zu der Zeit, als die Menschen von der Landwirtschaft in die industrielle Produktion wechseln konnten, gibt es heute keinen Bereich mehr, der die frei werdenden Arbeitskräfte aufnehmen kann. Die Automatisierung hat den Dienstleistungssektor erreicht und setzt auch hier Arbeitskräfte frei. Dieser Umstand stellt die Gesellschaft vor die Notwendigkeit, ihre Werte neu auszurichten. Eine Gesellschaft, der es nicht mehr möglich ist, jedem Menschen eine Erwerbsarbeit anzubie-

ten, kann die Erwerbsarbeit nicht als Grundlage zur Verteilung des Wohlstandes verwenden. Das hier vorgestellte Modell ist ein Vorschlag, wie die Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstandes in Zukunft vorgenommen werden kann. Die Menschen können sich entscheiden und ihre Zukunft selbst gestalten. Wenn sie es nicht schaffen, eine neue stabile Grundlage der Gesellschaft zu etablieren, dann wird die Wohlstandsgesellschaft des 20. Jahrhunderts im 21. Jahrhundert keinen Bestand haben.

Eidesstattliche Versicherung

Hiermit versichere ich, dass die vorliegende Arbeit von mir selbstständig und ohne unerlaubte Hilfe angefertigt worden ist, insbesondere, dass ich alle Stellen, die wörtlich oder annähernd wörtlich aus Veröffentlichungen entnommen sind, durch Zitate als solche gekennzeichnet habe. Ich versichere auch, dass die von mir eingereichte schriftliche Version mit der digitalen Version übereinstimmt. Weiterhin erkläre ich, dass die Arbeit in gleicher oder ähnlicher Form noch keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegen hat. Ich erkläre mich damit einverstanden, dass die Arbeit der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird.

Augsburg, 19.01.2007

Ort, Datum

Martin Finger

Verfasser

Quellen- und Literaturverzeichnis

Balzli B., Hornig F., Reuter W., Die Billionen-Bombe, in: Der Spiegel 39/2006

Cezanne W., Allgemeine Volkswirtschaftslehre, 5. Auflage 2002, Oldenburg

Duisenberg W. F., Die einheitliche europäische Geldpolitik,
http://www.ecb.int/press/key/date/1999/html/sp990209_1.en.html von 09.02.1999,
Stand 11/2006

Gesell S., Gesammelte Werke Band 11, 4., letztmalig vom Autor überarbeitete
Auflage, Neuauflage 2004

Göbel H., Althaus' Radikalkur, in: F.A.Z. Nr. 266 vom 15.11.2006,
<http://www.faz.net/s/Rub7FC5BF30C45B402F96E964EF8CE790E1/Doc~EAB4395BF986E43F39EEDF5A0698E06BE~ATpl~Ecommon~Scontent.html> vom
14.11.2006, Stand 11.2006

Görgens E., Ruckriegel K., Seitz F., Europäische Geldpolitik, 4., völlig neu bearbei-
tete Auflage, Stuttgart 2004

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 26.07.2002

Hollister R., The Findings of the Experiments aus A Retrospective on the Negative
Income Tax Experiments: Looking Back at the Most Innovate Field Studies in So-
cial Policy, <http://www.usbig.net/papers/086-Levine-et-al-NIT-session.doc> von
06.2004, Stand 09.2006

Hoppe H.-H., Demokratie Der Gott, der keiner ist, 2. Auflage 2004 Leipzig

Keynes J. M., Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes,
9. Auflage, Berlin 2002

Koch H., Koufen K., „Hartz IV ist ohne Zukunft“, taz Nr. 8098 vom 13.10.2006,
<http://www.taz.de/pt/2006/10/13/a0203.1/text>, Stand 11.2006

Kostolany A., Die Kunst über Geld nachzudenken, München 2000

Kress U., Die negative Einkommensteuer: Arbeitsmarktwirkungen und sozialpolitische Bedeutung, ein Literaturbericht., 1994, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Jg. 27, H. 3,
http://doku.iab.de/mittab/1994/1994_3_MittAB_Kress.pdf, Stand 09.2006

Kröger M., dm-Chef Werner zum Grundeinkommen, Spiegel Online vom 30.11.2005, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,386396,00.html>, Stand 11.2006

Lotter W., Das Lebensmittel, Teil VI. Der Ruf des Casinos, in: brand eins 03/2006,
http://www.brandeins.de/home/inhalt_detail.asp?id=1930, Stand 11/2006

Lotter W., Der Lohn der Angst, Teil V. Arbeitslosigkeit ist Erfolg, in: brand eins 07/2005, http://www.brandeins.de/home/inhalt_detail.asp?id=1763, Stand 11/2006

Mankiw N. G., Grundzüge der Volkswirtschaftslehre, 2., überarbeitete Auflage, Stuttgart 2001

Mankiw N. G., Makroökonomie, 5., überarbeitete Auflage, Stuttgart 2003

Marx K., Das Kapital Kritik der politischen Ökonomie Erster Band, Berlin 1969

Mises L. v., Nationalökonomie, Genf 1940, PDF- Version von www.mises.de 2005

Mises L., Theorie der Geldes und der Umlaufsmittel, unveränderter Nachdruck der zweiten, neubearbeiteten Auflage von 1924, Berlin 2005

Morris C., Peak oil im Sommerloch,

<http://www.heise.de/tp/r4/artikel/20/20727/1.html> vom 15.08.2005, Stand 09.2006

o.V., 11. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Variante 1-W1, Statistisches Bundesamt 2006,

http://www.destatis.de/basis/d/bevoe/src/poppyrger_v1w1.svg, Stand 11.2006

o.V., Arbeitslosengeld II, Bundesagentur für Arbeit,
[http://www.arbeitsagentur.de/Navigation/zentral/Arbeitnehmer-
info/Arbeitslosengeld-II/Arbeitslosengeld-II-Nav.html](http://www.arbeitsagentur.de/Navigation/zentral/Arbeitnehmer-info/Arbeitslosengeld-II/Arbeitslosengeld-II-Nav.html) vom 25.08.2006, Stand
11.2006

o.V., Arbeitslosengeld, Wikipedia vom 29.09.2006,
<http://de.wikipedia.org/wiki/Arbeitslosengeld>, Stand 11.2006

o.V., Atradius Zahlungsmoralbarometer, Sommer 2006,
<http://www.atradius.com/de/downloads/zahlungsmoralbarometer.jsp>, Stand
11/2006

o.V., Bevölkerung, Statistisches Bundesamt vom 23.08.2006,
<http://www.destatis.de/basis/d/bevoe/bevoetab4.php>, Stand 10.2006

o.V., Bilanzstatistik der MFIs (monetären Finanzinstitute): Bestandsangaben, Deut-
sche Bundesbank,
[http://www.bundesbank.de/statistik/statistik_eszb_neuesfenster_tabelle.php?stat=o
utstanding_amounts](http://www.bundesbank.de/statistik/statistik_eszb_neuesfenster_tabelle.php?stat=o
utstanding_amounts) vom 30.10.2006, Stand 11/2006

o.V., Bruttonationaleinkommen, verfügbares Einkommen und Volkseinkommen,
Statistisches Bundesamt vom 05.09.2006,
<http://www.destatis.de/indicators/d/lrvgr04ad.htm>, Stand 10.2006

o.V. Daten zur kurzfristigen Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt Nr.
09/2006, Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung der Bundesagentur für Ar-
beit, http://doku.iab.de/werkber/2006/wb_konjunkturindikatoren.pdf, Stand 10.2006

o.V., Der Chiemgauer - ein eurogedeckter Regio,
<http://www.regiogeld.de/545.0.html>, Stand 11/2006

o.V., Deutscher Beitrag zur Geldmenge im Euro-Währungsgebiet in verschiedenen
Abgrenzungen, Deutsche Bundesbank,
<http://www.bundesbank.de/download/statistik/saisonbwirt/i406.pdf> vom 30.10.2006,
Stand 11/2006

o.V., Einfuhr und Ausfuhr, Statistisches Bundesamt vom 24.02.2006,
<http://www.destatis.de/basis/d/aussh/aushtab2.php>, Stand 10.2006

o.V., Einnahmen und Ausgaben im Haushalt der Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt vom 10.07.2006,
<http://www.destatis.de/basis/d/solei/soleiq18a.php>, Stand 11.2006

o.V., Erwerbspersonen und Erwerbstätige nach Geschlecht, Statistisches Bundesamt vom 22.03.2005, <http://www.destatis.de/indicators/d/lrerw01ad.htm>, Stand 10.2006

o.V., Existenzgeld für alle - Thesen zum Existenzgeld,
<http://www.existenzgeld.de/Positionen/thesen.html> vom 23.05.1998, Stand 11.2006

o.V., Existenzgeld für alle - Anhang Finanzierung,
<http://www.existenzgeld.de/Positionen/finanz2.html> von 09.2000, Stand 09.2006

o.V., Existenzgeld für alle - Finanzierungs-Plan,
<http://www.existenzgeld.de/Positionen/finanz1.html> von 09.2000, Stand 11.2006

o.V., Geldentwertung, <http://de.wikipedia.org/wiki/Geldentwertung>, Stand 09.2006

o.V., Gesetzliche Rentenversicherung, Statistisches Bundesamt vom 10.07.2006,
<http://www.destatis.de/basis/d/solei/soleiq17.php>, Stand 11.2006

o.V., Im Blickpunkt Preise in Deutschland 2006, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2006

o.V., Konsumausgaben privater Haushalte, Statistisches Bundesamt vom 06.09.2006, <http://www.destatis.de/indicators/d/lrleb03ad.htm>, Stand 10.2006

o.V., Kurse für Rohöl - BRENT CRUDE OIL (SPOT)
http://rohstoffe.onvista.de/kursliste.html?ID_NOTATION=4062566&RANGE=12M
vom 02.11.2006

o.V., Monatsbericht September 2006, Europäische Zentralbank, Frankfurt am Main 2006

o.V., Preisentwicklung im IT-Sektor, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2006

o.V., Quellen des Lebensunterhalts, Statistisches Bundesamt vom 22.03.2005,
<http://www.destatis.de/indicators/d/lrleb01ad.htm>, Stand 10.2006

o.V., Regelleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts, Bundesagentur für Arbeit, <http://www.arbeitsagentur.de/Navigation/zentral/Arbeitnehmer-info/Arbeitslosengeld-II/Geldleistungen/Arbeitslosengeld-II-Sozialgeld/Arbeitslosengeld-II-Sozialgeld-Nav.html> vom 10.08.2006, Stand 10.2006

o.V., Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II, Geldleistungen für Bedarfsgemeinschaften, vorläufige Daten, 09.2006 Nürnberg,
<http://www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/detail/l.html>, Stand 10.2006

o.V., Über das Grundeinkommen,
<http://www.grundeinkommen.info/index.php?id=96>, Stand 09.2006

o.V., Verbraucherpreisindex für Deutschland,
<http://www.destatis.de/indicators/d/tkpre510.htm>, Stand 09.2006

o.V., Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Inlandsproduktsberechnung 2005, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2006

Pinkwart A., Das Liberale Bürgergeld: aktivierend, transparent und gerecht,
<http://www.fdp-bundesverband.de/files/363/AbschlB-Buergergeld.pdf> vom 28.01.2005, Stand 11.2006

Smith A., Reichtum der Nationen; Paderborn ohne Jahresangabe